Europäische Sozialwissenschaftliche Studien
European Social Science Studies

Herausgeber: Peter Flora

Jens Alber, geb. 1947; Studium der Soziologie, politischen Wissenschaften und Psychologie an den Universitäten Freiburg, Mainz, Konstanz; Studienaufenthalt an der University of Michigan, Ann Arbor; 1972 M.A. an der Universität Konstanz; 1979 Dr. phil. an der Universität Mannheim; 1973–1977 Mitarbeit im HIWED–Projekt (Historische Indikatoren der westeuropäischen Demokratien) an der Universität Mannheim; 1977–1980 Assistent an der Universität Köln; seit 1980 Research Fellow am Europäischen Hochschulinstitut Florenz.

Jens Alber

Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat

Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Inhalt

Vorwort 17

Einleitung: Gegenstand und Zielsetzung der Untersuchung 19

Kapitel I:
Die grundlegenden Tatbestände: Gemeinsamkeiten und Variationen der Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa

A Die Entstehung sozialer Sicherungssysteme vor dem Hintergrund der Transformation Europas 24
1. Institutionelle Ursprünge der Sozialversicherungspolitik 24
2. Der Strukturwandel Europas im 19. Jahrhundert als gesellschaftlicher Kontext der Sicherungsgesetzgebung 29

B Typen, Stadien und Trends der Sozialversicherungsentwicklung 40
1. Variationsformen und Typen der Sozialversicherung 40
2. Die Einführungssequenz und Entwicklungsschritte der einzelnen Systeme 48
3. Stadien und Trends der Sozialversicherungsentwicklung 56
4. Die siebziger Jahre – ein Ende des Wachstums? 67

C Zusammenfassung der wichtigsten erklärungsbedürftigen Tatbestände 69

Kapitel II:
Sozialwissenschaftliche Erklärungen der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates: Theorien, Hypothesen und Ergebnisse bisheriger Forschung

A Pluralistische und neomarxistische Erklärungsmodelle 73

B Konkurrierende Hypothesen 88

C Der bisherige Stand der Forschung 93
1. Determinanten unterschiedlicher Sozialausgaben 94
2. Der sozio-ökonomische und politische Kontext der Einführung sozialer Sicherungssysteme 100
3. Die institutionelle Entwicklung sozialer Sicherungsprogramme 105
4. Offene Fragen und Aufgaben für die weitere Forschung 114

Kapitel III:
Empirische Analysen: Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherungssystemen in Westeuropa

A Determinanten der Entstehung von Sozialversicherungen 119

Innergesellschaftliche Bedingungsfaktoren 122
1. Die Einführung der Sozialversicherung im Kontext von Industrialisierung und Urbanisierung 122
2. Politische Determinanten der Sicherungsgesetzgebung 126
3. Zusammenfassung 133

Internationale Diffusionsprozesse 134
1. Zur Struktur von Diffusionsprozessen 134
2. Das Tempo der Verbreitung der Sozialversicherung in Westeuropa 138
3. Der Export des Bismarckschen Modells der Pflichtversicherung 142

B Bedingungsfaktoren der Ausdehnung der Systeme 146
1. Der Ausdehnungsgrad der Programme vom Zeitpunkt der Einführung bis zum Ersten Weltkrieg 147
2. Das Wachstum der Systeme nach dem Ersten Weltkrieg 151
3. Determinanten der Ausdehnung in der Zwischen- und Nachkriegszeit 155
4. Zusammenfassung 163

C Die Dynamik der institutionellen Entwicklung am Beispiel der Arbeitslosenversicherung 166
1. Historische Ursprünge und Variationsformen moderner Arbeitslosenpolitik 166
2. Charakteristika und Wandlungen der Arbeitslosenversicherungsgesetze 172
3. Der Einfluß sozio-ökonomischer Probleme und der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungen 183

Kapitel IV:
Fazit: Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlußfolgerungen für die sozialwissenschaftliche Forschung

A Die wichtigsten Ergebnisse der Analysen 195

B Schlußfolgerungen für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung und Forschung 200

C Implikationen für aktuelle politische Diskussionen um den Wohlfahrtsstaat 208

Anmerkungen 211

Anhang: Tabellen und Basisdaten 229

Literatur 263

Einleitung

Der Nachhall des Preußenjahres ist kaum verklungen, da bietet sich schon Gelegenheit für neue nationale Jubelfeiern. Vor hundert Jahren, am 17. November 1881, wurde mit dem Verlesen der Kaiserlichen Botschaft zur Eröffnung der fünften Sitzungsperiode des Reichstages die Ära der staatlichen Sozialpolitik eingeleitet. Als erstes Land Europas ergriff das Deutsche Reich damit die Initiative zur Errichtung obligatorischer staatlicher Sozialversicherungen. Zwei Jahre später wurde das erste Sozialversicherungsgesetz im Reichstag verabschiedet, 1884 trat die obligatorische Krankenversicherung in Kraft. Noch im gleichen Jahrzehnt folgten auch die Unfall- und die Rentenversicherung. Seither haben auch alle anderen Länder Westeuropas staatliche Versicherungen gegen Arbeitsunfälle, Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit geschaffen, die auch gegenwärtig noch den institutionellen Kern des Wohlfahrtsstaates darstellen.

Den obligatorischen Sicherungssystemen ist heute die Mehrzahl der Bürger der westeuropäischen Demokratien angeschlossen. Sofern sie erwerbstätig sind, müssen sie allmonatlich 15 Prozent und mehr ihres Bruttoverdienstes für Zwangsbeiträge zur sozialen Sicherung berappen, wissen sich dafür aber gegen die Standardrisiken des Einkommensverlustes sowie gesundheitliche Schäden geschützt. Mehr als ein Fünftel des erwirtschafteten Bruttoinlandprodukts lassen sich viele Länder die staatliche Sicherung ihrer von Notlagen betroffenen Bürger kosten. Etwa zwei Drittel dieser Ausgaben entfallen auf die vier Sozialversicherungen. Auch in den sozialpolitisch zurückhaltendsten Ländern unter den hier untersuchten fünfzehn westeuropäischen Demokratien, Irland, Island und Schweiz, wird noch mehr als ein Zehntel des Wirtschaftsprodukts für die öffentlichen Sicherungsmaßnahmen ausgegeben. Vor hundert Jahren waren obligatorische Sozialversicherungssysteme für breitere Bevölkerungskreise dagegen unbekannt. Kein Bürger war verpflichtet, einen Teil seines Einkommens für kollektive Sicherungssysteme auszugeben, aber auch keine öffentliche Stelle trat ihm in Zeiten des Einkommensausfalls wirksam zur Seite. Wer auf die Armenpflege angewiesen war, verlor seine Bürgerrechte. Nirgends betrug der Anteil der Sozialausgaben auch nur ein Prozent des Wirtschaftsprodukts.

Ursachen wie Konsequenzen dieser Ausdehnung des Sozialstaats sind

durch sozialwissenschaftliche Forschung bislang noch kaum erhellt. Vielleicht deshalb war die Entwicklung der Sozialleistungen immer wieder Gegenstand heftiger ideologischer Kontroversen. Die in den letzten Jahren neu belebte Debatte um die Grenzen des Wohlfahrtsstaates hat die Sozialpolitik seit ihren Anfängen begleitet. Schon *Thomas Malthus* (1826, deutsch 1925) hatte in seiner Kritik der englischen Armenpflege des ausgehenden 18. Jahrhunderts Grenzen und negative Effekte der Sozialleistungen zu entdecken geglaubt. Wo Grenzen des Wohlfahrtsstaates aber tatsächlich liegen, ist durch wissenschaftliche Forschung bislang ebenso wenig beantwortet wie die Frage, welche unerwünschten Nebenwirkungen sich allgemein beobachten lassen und welche die spezifische Folge unterschiedlicher institutioneller Arrangements sind.

Erst in den letzten zwanzig Jahren haben Sozialwissenschaftler damit begonnen, die Sozialpolitik zum Thema vergleichender Untersuchungen zu machen. Im Vordergrund des Forschungsinteresses stand dabei die Frage nach den Ursachen der sozialstaatlichen Expansion. In den sechziger Jahren wurden dazu eine Reihe von Querschnittvergleichen der Höhe der Sozialausgaben in Ländern mit unterschiedlicher politischer Struktur oder unterschiedlichem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau begonnen. Später folgten auch einige Längsschnittanalysen der historischen Entwicklungsmuster der Sozialpolitik. Historisch-vergleichende Studien blieben aber bis heute eine seltene Ausnahme, und sie beschränkten sich immer auf eine geringe Zahl von drei bis fünf Ländern. Ihre Aufgabe sahen sie entweder in der quantitativen Analyse der Sozialausgaben oder in der Schilderung der institutionellen Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Die hier vorgelegte Untersuchung steht in der Tradition dieser empirischen Forschungsarbeiten. Sie versucht, die Zusammenhänge des bisherigen Wachstums des Wohlfahrtsstaates zu erhellen, indem sie zwischen den bisherigen quantitativen Studien und den institutionellen Untersuchungen der Gesetzgebung einen Zwischenweg geht, der die Reproduzierbarkeit der quantitativen Analysen mit dem Informationsreichtum der qualitativen historischen Studien zu verbinden sucht. Untersucht werden alle Länder Westeuropas außer Griechenland, Portugal und Spanien.[1] Wegen unvollständiger Daten für Irland, Island und Luxemburg beschränken sich die Analysen häufig auf zwölf Länder. Die Beschreibung soll die grundlegenden Gemeinsamkeiten und Variationen der Sozialversicherungsentwicklung in Westeuropa deutlich machen. Die Analysen sollen dann einige der Bedingungsfaktoren der Entstehung und Entwicklung der Sicherungssysteme aufzeigen, um erklärungskräftige von weniger fruchtbaren sozialwissenschaftlichen Hypothesen zu trennen und zu einer kumulativ fortschreitenden Theoriebildung über den Wohlfahrtsstaat beizutragen.

Das erste Kapitel schildert zunächst die Ursprünge der staatlichen

Sozialversicherungspolitik und stellt die Entstehung der Sicherungssysteme in den Kontext des gesellschaftlichen Strukturwandels Europas im 19. Jahrhundert. Dann beschreibt es die Hauptetappen der gesetzlichen Entwicklung der Systeme sowie das Ausmaß der quantitativen Ausdehnung ihres Mitgliederkreises und ihrer Ausgaben. Es endet mit einer Zusammenfassung der grundlegenden empirischen Tatbestände, denen sich sozialwissenschaftliche Erklärungsversuche zu stellen haben.

Das zweite Kapitel untersucht, über welche sozialwissenschaftlichen Erklärungen der Entstehung und Entwicklung der Systeme wir bislang verfügen, wobei neben der deutschen vor allem die angelsächsische Literatur zur Sozialpolitik berücksichtigt wird. Marxistische und pluralistische Erklärungsmodelle werden einander gegenübergestellt, und aus jeder der Theorien werden Hypothesen abgeleitet, die der empirischen Überprüfung zugänglich sind. Dann wird die Bewährung dieser Hypothesen in der bisherigen Forschung geschildert. Ziel dieses Kapitels ist eine Bestandsaufnahme der bisherigen sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse über den Wohlfahrtsstaat, die auf bislang offen gebliebene Fragen verweist, welche in den Analysen des dritten Kapitels aufzugreifen sind.

Die erste hier neu angestellte Analyse untersucht die zeitlichen Variationen der *Einführung* der Sozialversicherung. Im Vordergrund steht die Frage, ob die Sozialversicherung primär ein Erfordernis der sozio-ökonomischen Entwicklung darstellte, oder ob sie besser als Produkt politischer Auseinandersetzungen verstanden wird. Dann wird untersucht, ob die frühe Sozialpolitik eher auf Forderungen der Arbeiterbewegung zurückging oder ihren Ausgang vom Bestreben nationaler Eliten nahm, ihre Herrschaft zu stabilisieren. Schließlich wird analysiert, welche Rolle internationale Einflüsse gespielt haben und inwiefern das Bismarcksche Modell der Pflichtversicherung von anderen europäischen Ländern übernommen wurde.

Die zweite Analyse untersucht die *Ausdehnung* der westeuropäischen Sozialversicherungssysteme anhand quantitativer Daten über ihren Mitgliederkreis. Wiederum geht es zunächst um die Frage, ob der Ausdehnungsgrad der Systeme eher ein Reflex des Industrialisierungsgrades war oder stärker politische Konstellationen widerspiegelte. Dann wird untersucht, welche Regierungen den Ausbau der Programme bevorzugt vorantrieben und ob Wahlerfolge von Arbeiterparteien zu einem beschleunigten Wachstum der sozialen Sicherungssysteme führten. Schließlich wird geprüft, inwiefern die Sozialversicherungen der westeuropäischen Länder einander über die Zeit ähnlicher geworden sind.

Die dritte Analyse hat die *institutionelle Entwicklung* der Systeme am Beispiel der Arbeitslosenversicherung zum Gegenstand. Untersucht wird, unter welchen Regierungen die ersten Versicherungen geschaffen wurden, welchen Einfluß die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung auf die

spätere Gestaltung der Gesetze hatte und wie sich verschiedene Regierungen unter ähnlichen ökonomischen Bedingungen verhielten. Darüber hinaus wird geprüft, ob die gesetzlichen Bestimmungen über die Zeit großzügiger geworden sind oder ob sich die staatliche Kontrolle der Arbeitslosen langfristig verschärft hat.

Das vierte Kapitel faßt die wichtigsten Analyseergebnisse zusammen und formuliert Schlußfolgerungen für die sozialwissenschaftliche Theorie des Wohlfahrtsstaates. Dazu diskutiert es einige Aufgaben und mögliche Strategien für die künftige Erforschung sozialstaatlicher Entwicklungen. Schließlich erörtert es kurz die Implikationen, welche die Ergebnisse für die gegenwärtigen politischen Diskussionen um den Wohlfahrtsstaat haben.

Der umfangreiche Anhang präsentiert das den Analysen zugrundeliegende empirische Datenmaterial und verweist auf dessen Quellen. Falls genauere Quellenhinweise fehlen, entstammen die Daten dem Handbuch des HIWED-Projektes, das demnächst veröffentlicht wird (FLORA u.a. 1982). Alle Zahlen dieses Handbuchs sind in ausführlichen Dokumentationen erläutert und belegt, so daß sowohl die herangezogenen Daten wie die angestellten Analysen voll reproduzierbar sind.

In einer Zeit politisierter wissenschaftlicher Diskussionen mag es dienlich sein, das eigene Wissenschaftsverständnis offen zu legen. Der Arbeit liegt die Überzeugung zugrunde, daß nur die Konfrontation sozialwissenschaftlicher Thesen mit empirischen Tests in reproduzierbaren Analysen zu einem kumulativen Erkenntnisgewinn führt, der anderen Forschern weder blindes Vertrauen abverlangt, noch sie zu einem permanenten Neubeginn nötigt. Sie beruht darüber hinaus auf der Vorstellung, daß die makrosoziologische Forschung, wenn sie informativ bleiben will, nicht in der Mathematik aufgehen darf. Von daher erklärt sich der systematische, aber simple, reproduzierbare, aber möglichst anschauliche Charakter der empirischen Testverfahren, die häufig den Charakter deskriptiver Analysen oder analytischer Deskription bewahren. Der Gefahr, daß solche Arbeiten im akademischen Elfenbeinturm stecken bleiben, steht nur die doppelte Hoffnung entgegen, daß Fragen der Gegenwart sich erfolgreicher lösen lassen, wenn die Zusammenhänge der Vergangenheit besser verstanden sind, und daß emotional aufgeladenen Glaubenskämpfen umso weniger Raum bleibt, je mehr die sozialwissenschaftliche Forschung die Komplexität gesellschaftlicher Entwicklungen deutlich macht.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, die in ihren Schlußfolgerungen eng an den präsentierten Daten kleben, werden für den Leser leider leicht unerträglich langweilig. Aus stilistischen Gründen wird daher häufig verallgemeinernd von der Sozialpolitik, den Sozialleistungen oder dem Wohlfahrtsstaat gesprochen. Der Leser sollte sich aber immer darüber im klaren sein, daß empirisch fundiert nur von der Sozialversicherung in

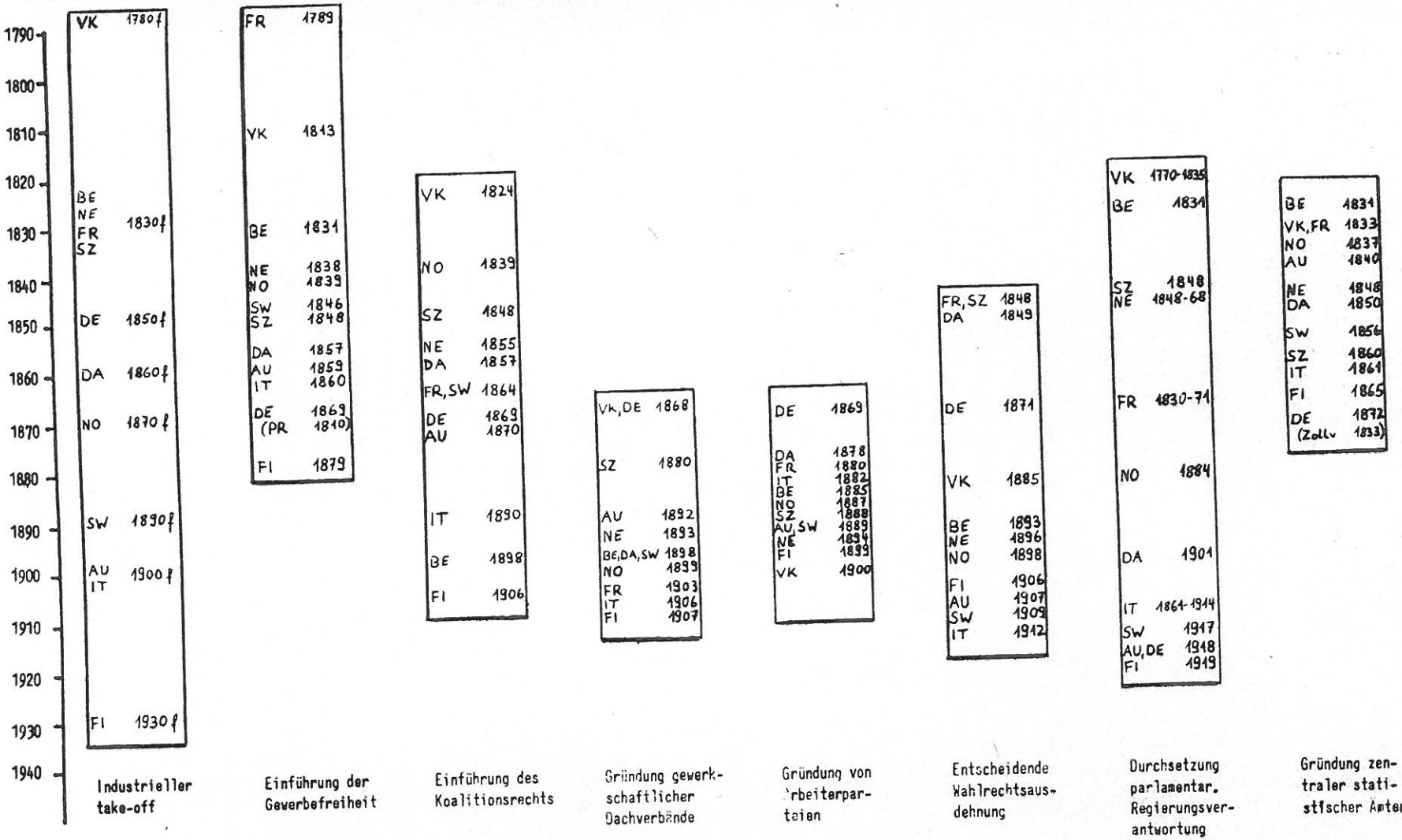
Westeuropa die Rede ist. Darüber hinaus haben nicht alle hier vertretenen Interpretationen den gleichen engen Bezug zu ihrer Datenbasis. Eine der reizvollen Aufgaben der wissenschaftlichen Diskussion ist es, die durch Belege nicht ausreichend gedeckten Schlußfolgerungen bloßzulegen. Die Kritiker der hier vertretenen Überlegungen sind eingeladen, ihre Skepsis zu begründen und das Beweismaterial, auf das sie ihre alternativen Thesen stützen, zu präsentieren.

Tabelle 1 : Die Einführungstermine der Sozialversicherung in Westeuropa[1)]

Land	Unfallversicherung	Krankenversicherung	Rentenversicherung	Arbeitslosenversicherung
Österreich (AU)	28. 12. 1887	30. 3. 1888	1. 4. 1927[a)]	24. 3. 1920
Belgien (BE)	1971 (24. 12. 1903)	28. 12. 1944 (23. 6. 1894)	10. 12. 1924 (10. 5. 1900)	28. 12. 1944 (30. 12. 1920)
Dänemark (DA)	6. 7. 1916 (7. 1. 1898)	20. 5. 1933[a)] (12. 4. 1892)	6.5.1921/7.8.1922[b)] (9. 4. 1891)	(9. 4. 1907)
Deutschland (DE)	6. 7. 1884 (7. 6. 1871)	15. 7. 1883	22. 6. 1889	16. 7. 1927
Finnland (FI)	5. 12. 1895[a)]	4. 7. 1963[b)]	31. 5. 1937[b)]	(2. 11. 1917)
Frankreich (FR)	30. 10. 1946 (9. 4. 1898)	30. 4. 1930 (1. 4. 1898)[a)]	5. 4. 1910 (31. 12. 1895)[b)]	13. 7. 1967[c)] (9. 9. 1905)
Irland (IR)	1966 (1897)	1911	1960 (1908)	1911
Island (IS)	1925 (1917)	7. 6. 1946 (1911)	7. 6. 1946	1956
Italien (IT)	17. 3. 1898	6. 5. 1928[a)] (15. 4. 1886)	21. 4. 1919 (11. 7. 1898)	19. 10. 1919
Luxemburg (LU)	5. 4. 1902	31. 7. 1901	6. 5. 1911	(6. 8. 1921)
Niederlande (NE)	2. 1. 1901	24. 6. 1929[a)]	5. 6. 1913	9. 9. 1949 (19. 9. 1916)
Norwegen (NO)	23. 7. 1894	18. 9. 1909	16. 7. 1936	24. 6. 1938 (12. 6. 1906)
Schweden (SW)	17. 6. 1916 (5. 7. 1901)	1953[a)] (30. 10. 1891)	30. 6. 1913	(15. 6. 1934)
Schweiz (SZ)	13. 6. 1911 (25. 6. 1881)[a)]	(13. 6. 1911)	20. 12. 1946	1976 (17. 10. 1924)
Vereinigtes Königreich (VK)	1946 (6. 8. 1897)[a)]	16. 12. 1911	7. 8. 1925 1. 8. 1908[b)]	16. 12. 1911

1) Ohne Klammern: Pflichtversicherungsgesetze; in Klammern: subventioniert freiwillige Versicherungen (bzw. Haftpflichtgesetze oder Rentenprogramme mit partiellem Fürsorgecharakter sowie Arbeitslosenhilfe). Die Anmerkungen zu den einzelnen Ländergesetzen finden sich im Anhang.

Übersicht 1: Elemente der Transformation Europas im 19. Jahrhundert



Obersicht 2 Grundlegende Typen der Sozialversicherung in Westeuropa

Charakteristika der Systeme	Typen der Sozialversicherung		
	Subventionierte freiwillige Versicherung	Zwangsversicherung	Volksversicherung
Gerechtigkeits-vorstellung oder Legitimie-rungsprinzip	Frei vereinbarter Kontrakt auf der Grundlage von Selbsthilfe; enge Beziehung zwischen Beiträgen und Leistungen	Statussicherung durch staatliche Hilfe; Meritokratische Kompensation für Erwerbstätigkeit und Beitragszahlung	Egalitäre Sicherung staatsbürgerlicher Basisgleichheit durch staatliche Supplementierung des Marktmechanismus
Penetrations-grad	Gering, nur staatliche Rahmenrichtlinien	Hoch bezügl. Normierung; mittel bezügl. Verwaltung; niedrig bezügl.Finanzierung	Allgemein hoch (gesetzlich normiert, staatlich verwaltet und über Steuern finanziert)
Ausdehnungs-grad	Niedrig, meist nur besser Verdienende als Mitglieder	Beschränkt auf Lohnarbeiter; bei weiterer Ausdehnung kategoriale Abgrenzung von Erwerbsklassen	Hoch, alle Staatsbürger erfaßt
Generosität	Variabel nach frei vereinbarter Satzung	Relativ hohe partielle Einkommensgarantie durch beitrags- und einkommensbezogene Leistungen	Relativ niedrige Einheitssätze zur Sicherung des Existenzminimums, unabhängig von der Höhe des Einkommens
Redistribution	Nur horizontal	Horizontal zwischen Geschädigten und Schadensfreien. Vertikale Umverteilung gering	Horizontal und vertikal
Kontrollen	A l l g e m e i n ä h n l i c h		
	Anwartschaft durch Beitragstest; Kontrollen variabel nach frei vereinbarter Satzung	Anwartschaft durch Beitragstest; Kontrollen gesetzlich normiert	Anwartschaft durch Wohndauertest; Kontrollen gesetzlich normiert
Empirische Verteilung in Westeuropa	Ursprünglich in den romanischen und skandinavischen Ländern sowie in der Schweiz. Heute nur noch in der Krankenversicherung der Schweiz sowie der Arbeitslosenversicherung Dänemarks, Finnlands und Schwedens	Ursprünglich in Deutschland, Österreich, Luxemburg; später in allen Ländern, überwiegend aber in Belgien, Frankreich, Irland, Italien	Skandinavien; später in Großbritannien, den Niederlanden, sowie teilweise in der Schweiz

Tabelle 6 Die Einführung der europäischen Sozialversicherungssysteme im Kontext verschiedener Stadien der kapitalistischen Entwicklung

Land	Einführung der Gewerbefreiheit[1]	Einführung der ersten Sozialvers.[2]	Zwangsvers.[2]	Zeitspanne zwischen Gewerbefreiheit und Sozialversicherung		Bestand an Pflichtversicherungen im Stadium des Monopolkapitalismus[3]									
						Unfallvers.		Krankenvers.		Rentenvers.		Arbeitslosenvers.		Insgesamt	
		(1)	(2)	(1)	(2)	1920	1930	1920	1930	1920	1930	1920	1930	1920	1930
Österreich (AU)	1859	1887	1887	28	28	x	x	x	x	-	x	x	x	3	4
Belgien (BE)	1831	1894	1924	63	93	(x)	(x)	-	-	-	x	-	-	0(1)	1(2)
Dänemark (DA)	1857	1891	1916	34	59	x	x	-	-	-	(x)	-	-	1	1(2)
Deutschland (DE)	1869	1871	1883	2	14	x	x	x	x	x	x	-	x	3	4
Finnland (FI)	1879	1895	1895	16	16	x	x	-	-	-	-	-	-	1	1
Frankreich (FR)	1789	1895	1910	106	121	(x)	(x)	-	-	(x)	x	-	-	0(2)	1(2)
Irland (IR)	.	.	.	.	.	.	(x)	.	x	.	-	.	x	.	2(3)
Island (IS)	.	1911	1925	.	.	(x)	x	-	-	-	-	-	-	0(1)	1
Italien (IT)	1860	1866	1898	26	38	x	x	-	(x)	x	x	x	x	3	3(4)
Luxemburg (LU)	.	1901	1901	.	.	x	x	x	x	x	x	-	-	3	3
Niederlande (NE)	1838	1901	1901	63	63	x	x	-	x	x	x	-	-	2	3
Norwegen (NO)	1839	1894	1894	55	55	x	x	x	x	-	-	-	-	2	2
Schweden (SW)	1846	1891	1913	45	22	x	x	-	-	x	x	-	-	2	2
Schweiz (SZ)	1848	1881	1911	33	63	x	x	-	-	-	-	-	-	1	1
V. Königreich (VK)	1813	1897	1911	84	98	(x)	(x)	x	x	x	x	x	x	3(4)	3(4)
Durchschnitt/ Insgesamt	(1844) n=12	(1893) n=14	(1905) n=14	46 n=12	56	10(14)	11(15)	5	7(8)	6(7)	9(10)	3	5	24(29) von 56	32(38) von 60
Standard-abweichung	(24)	(9)	(12)	28	33										

1) Quelle: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage (1909), Artikel "Gewerbegesetzgebung" (Band 4, S. 895-986); für Belgien: I.L.O. Studies and Reports A30 (1930); für Niederlande: van der Ven (1972).

2) Quelle: Tabelle 1

3) Kreuze markieren den Bestand einer Pflichtversicherung; eingeklammerte Kreuze den von semi-ogligatorischen Systemen (z.B. Haftpflicht); Quelle: Tabelle 1

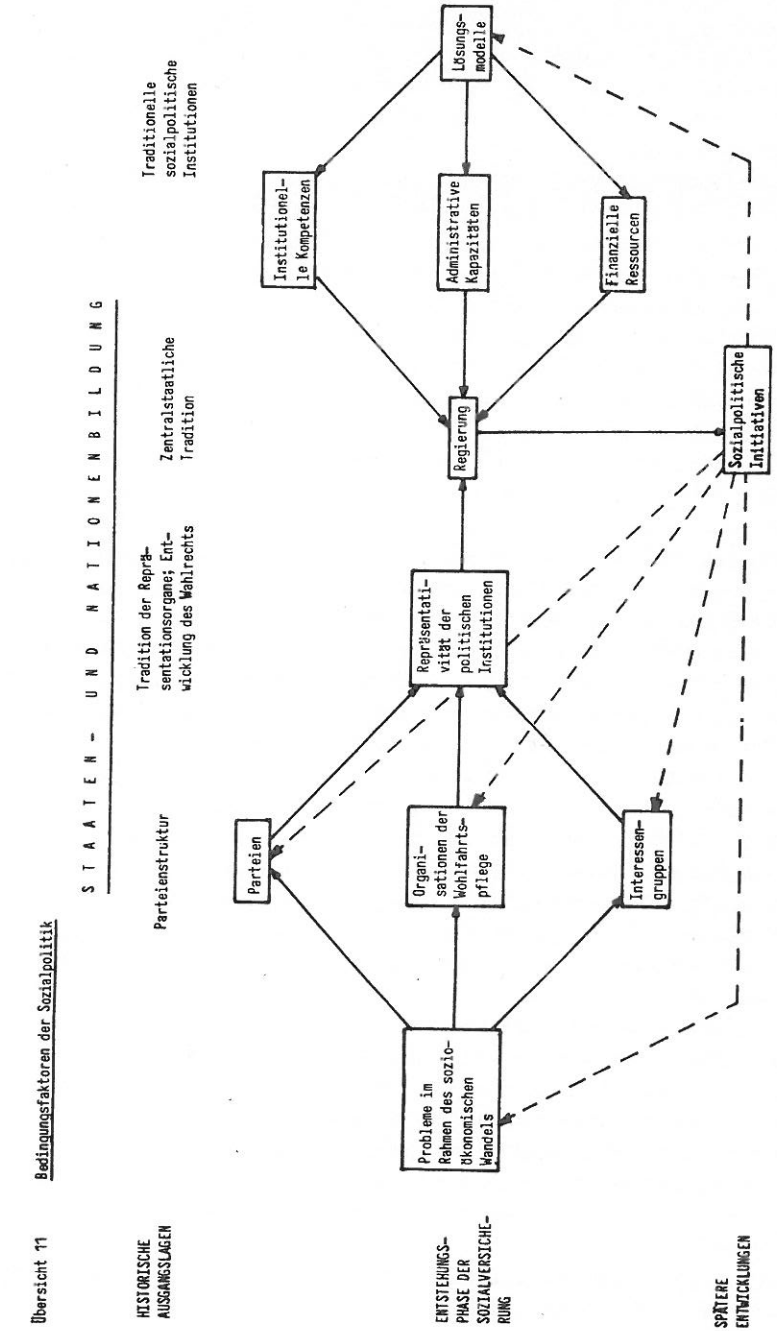
einführten, zu den sozio-ökonomisch wenig fortgeschrittenen Nationen zählten. Teilt man die elf Länder in eine Hälfte von Gesetzgebungspionieren und eine Hälfte von Nachzüglern auf, so zählt unter den fünf Pionieren, die sowohl die Unfall- wie die Krankenversicherung relativ kurz nach dem deutschen Beispiel einführten – Dänemark, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden –, nur Frankreich zur oberen Hälfte der sozio-ökonomisch fortgeschrittenen Länder. Selbst wenn Dänemark, das bezüglich der sozio-ökonomischen Entwicklung eine Mittelstellung einnahm, zur Gruppe der sozio-ökonomisch früh entwickelten Länder gerechnet wird, bestätigt sich der schnellere Erfolg der Sozialversicherung in weniger entwickelten Ländern.

Index < I = Industrialisierung
U = Urbanisierung

Tabelle 11 Sozio-ökonomischer Entwicklungsgrad 1885 und Tempo der Einführung von Unfall- und Krankenversicherung

Land (gruppiert nach sozio-ökonom. Entwicklungsgrad 1885)	Entwicklungsgrad 1885 (I+U)	Einführungsjahr der Unfallversicherung	Einführungsjahr der Krankenversicherung	Verzögerung gegenüber 1885 des Ersten	Verzögerung gegenüber 1885 des Letzten der beiden Gesetze (in Klammern: gruppiert nach Rangplatz)
Pionier: Deutschland	55	1884	1883	-	-
V. Königreich (VK)	105	1897	1911	12 (9)	26 (9)
Belgien (BE)	61	1903	1894	9 (6)	18 (6)
Niederlande (NE)	59	1901	1929	16 (11)	44 (10)
Schweiz (SZ)	55	1881[1]	1911	-4 (1)	26 (8)
Frankreich (FR)	46	1898	1898	13 (10)	13[2] (4)
Dänemark (DA)	43	1898	1892	7 (5)	13[2] (3)
Italien (IT)	40	1898	1886	1 (2)	13[2] (2)
Norwegen (NO)	35	1894	1909	9 (6)	24 (7)
Österreich (AU)	32	1887	1888	2 (3)	3 (1)
Schweden (SW)	28	1901	1891	6 (4)	16 (5)
Finnland (FI)	15	1895	1963	10 (8)	78 (11)

1) Das schweizerische Haftpflichtgesetz von 1881 kann selbstverständlich nicht auf das Modell der späteren deutschen Pflichtversicherung bezogen werden. Da es aber im Gegensatz zur deutschen Haftpflicht von 1871 für längere Zeit (bis 1911) die alleinige Grundlage für die Entschädigung von Opfern betrieblicher Unfälle blieb, wurde es hier als Stammgesetz der schweizerischen Unfallversicherung in die Betrachtung eingeschlossen.
2) Bei gleichem Rangplatz wurden die Länder nach der Reihenfolge der Einführung des Erstgesetzes geordnet.



verfügen. Das heißt zunächst, daß realisierbare Lösungsmodelle vorliegen müssen. Dies ist spätestens dann der Fall, wenn ausländische Beispiele die Realisierbarkeit von Reformkonzepten demonstriert haben. Inwiefern sich vorhandene Lösungsmodelle in die Praxis umsetzen lassen, wird zunächst vom Grad der administrativen Fähigkeiten und den Kompetenzen abhängen, die der Zentralregierung im Rahmen der Verfassung gegenüber subnationalen Einheiten zukommen, daneben aber auch von den der Regierung zu Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, die ihrerseits eine Funktion der Kompetenzen und Fähigkeiten des Steuerstaates und der Wirtschaftsentwicklung sind. Sind Programme zur "Lösung" von Sicherungsproblemen einmal institutionalisiert, so trägt ihr relativer Erfolg oder Mißerfolg seinerseits zur Veränderung sozialer Probleme sowie zum Auftreten möglicher Folgeprobleme bei und bestimmt die politische Suche nach neuen Lösungen.

Kapazitäten wie Belastungen der Regierungen müssen als historisch gewachsene Größen gesehen werden, die von den überkommenen politischen Strukturen geprägt sind. Konflikte um sozialpolitische Probleme entstehen im Kontext älterer Konfliktstrukturen, welche im Prozeß der Staaten- und Nationenbildung entstanden sind und mit der Struktur der nationalen Parteisysteme auch das politische Gewicht der Sicherungsprobleme prägen. Die Repräsentativität der politischen Institutionen reflektiert die nationalen Traditionen der Repräsentativorgane ebenso wie die staatlichen Kompetenzen die Stärke des Zentrums im Prozeß der Staatenbildung. Schließlich strukturieren die traditionellen sozialpolitischen Institutionen die neuen Lösungsformen der Sicherungsprobleme. Die Vielfalt nationaler Entwicklungen wird also schon durch die strukturelle Vielfalt der historischen Ausgangslagen vorgeformt. Konkretere Hypothesen, die diese für Historiker eher als für Soziologen banale Einsicht berücksichtigen, haben unter den sozialwissenschaftlichen Theoretikern bisher allein RIMLINGER (1971) und FLORA (1977) entwickelt. FLORAS Thesen lassen sich in das hier präsentierte Schema problemlos einfügen.

Das Schema bringt zwar die verschiedenen Erklärungsvariablen der Sozialpolitik in einen systematischen Zusammenhang, aber es sagt wenig darüber aus, welcher Art die zu erklärenden sozialpolitischen Initiativen sind. Auf die Vielfalt der Variationsdimensionen der Sozialpolitik vom Zeitpunkt der Einführung über die quantitative Ausdehnung des Mitgliederkreises und der Ausgaben bis zu den gesetzlichen Leistungs-, Finanzierungs- und Kontrollbestimmungen ist in dieser Arbeit wiederholt hingewiesen worden. Wenn es um die Untersuchung der sozialpolitischen Anstrengungen verschiedener Regierungen oder Länder geht, sollten die in den Programmen automatisch enthaltenen, inhärenten Entwicklungstendenzen klar von durch den Gesetzgeber veranlaßten institutionellen Veränderungen getrennt werden. Wie die Ausgaben eines Rentensystems über die Zeit steigen, je mehr

Personen ins Rentenalter vorrücken und je stärker ihre Lebenserwartung steigt, so werden umgekehrt die Leistungen in ihrem Wert sinken, wenn der Gesetzgeber auf ihre Anpassung an veränderte Preisgefüge verzichtet. Die einfachste und bis zu den Dynamisierungen der Nachkriegszeit auch häufig praktizierte Möglichkeit, ein sozialpolitisches Programm zu beschneiden, besteht in der Tat darin, auf seine Anpassung an veränderte Wirtschaftsbedingungen zu verzichten. Automatische Wandlungstendenzen der Systeme im Rahmen von politischen "non-decisions" sollten also von Veränderungen infolge gesetzlicher Eingriffe klar unterschieden werden. Dies setzt voraus, daß man neben den Aggregatdaten der Programme auch gesetzliche Entwicklungen untersucht.

DETLEV ZÖLLNER (1963) hat darüber hinaus den Vorschlag gemacht, auch beim Studium institutioneller Regelungen zwei Formen der Gesetzgebung zu unterscheiden. Normen, die lediglich Anpassungen an veränderte Verhältnisse darstellen und damit den Charakter früherer Entscheidungen – etwa durch die Erhaltung der Kaufkraft der Leistungen – bewahren, möchte er als "adaptive" Rechtsetzungsakte von "induktiven" Regelungen trennen, die eine reale Veränderung des Leistungsniveaus oder des Anwendungsbereiches der Systeme bewirken.[233]

Greift man diese Überlegungen auf, so läßt sich eine Typologie der Wandlungstendenzen sozialer Sicherungssysteme erstellen, die zwischen tatsächlichen Systemänderungen und externen Einwirkungen durch von gesetzlichen Eingriffen unabhängige Störfaktoren unterscheidet. Die folgende Übersicht 12 zeigt die für die Ausgabenentwicklung der Programme relevanten Faktoren. Der Aufwand der Systeme wird im wesentlichen durch Entwicklungen in vier Dimensionen bestimmt: (1) durch den Anwendungsbereich der Programme, d.h. die Zahl der gedeckten Risiken; (2) durch ihre Ausdehnung im Sinne des erfaßten Personenkreises; (3) durch die Höhe der Leistungen und (4) durch die Zahl der Unterstützungsempfänger. Innerhalb dieser Dimensionen klassifiziert die Typologie die Wandlungstendenzen dann nach systeminternen und systemexternen Veränderungen.

Da sie auch ZÖLLNERS Trennung von adaptiver und induktiver Rechtsetzung aufgreift, eröffnet sie die Möglichkeit, den in der politikwissenschaftlichen Diskussion oft verwendeten, aber empirisch schwer greifbaren Begriff der "non-decisions" zu operationalisieren: Bleiben die in der Übersicht geschilderten adaptiven Regelungen trotz der aufgeführten systemexternen Veränderungen aus, so liegt eine effektive Einschränkung der Systemleistungen infolge politischen Interventionsverzichts vor. Die in der rechten Spalte aufgeführten "induktiven" Veränderungen können sowohl Leistungsausdehnungen wie Leistungseinschränkungen bewirken. Nur ihre Betrachtung im Rahmen der Analyse von rechtlichen Regelungen gewährleistet, daß die strukturellen und ideologischen Grundlagen unterschiedlicher sozialpolitischer Anstrengungen frei vom verzerrenden Einfluß externer Effekte untersucht werden.

Übersicht 12: Gesetzliche und automatische Ausdehnungen der Sozialversicherung: Eine Typologie der Grundlagen unterschiedlicher Sozialversicherungsausgaben

Variationsdimensionen	Automatische Wandlungstendenzen infolge systemexterner Veränderungen ohne gesetzliche Eingriffe (Kontroll- bzw. Störvariablen)	Institutionelle Veränderungen: Adaptive Rechtsetzung	Institutionelle Veränderungen: Induktive Rechtsetzung
Anwendungsbereich der Programme			Deckung zusätzlicher Risiken durch: Einführung neuer Systeme oder Veränderungen des Leistungskatalogs innerhalb der Programme z.B. Definition von Wegeunfällen als Betriebsunfälle und Erweiterung des Katalogs von Berufskrankheiten in der Unfallvers.; Ausdehnung des Krankheitsbegriffs in der Krankenvers.; Einführung von Hinterbliebenenrenten in der Rentenversicherung; Berücksichtigung oder Streichung von Umschulungskursen im Leistungskatalog der Arbeitslosenversicherung.
Ausdehnung der Versicherung (erfaßter Personenkreis)	Geldwert- oder Einkommensveränderungen; Veränderungen der Erwerbsstruktur; Veränderungen der Zahl der Erwerbstätigen im Rahmen von Konjunkturschwankungen	Veränderungen der Versicherungspflichtgrenzen in Anpassung an Nominallohnveränderungen bei konstanter Relation der Pflichtgrenzen zum Durchschnittslohn	Aufnahme oder Ausschluß bestimmter Berufs- oder Statusgruppen (Arbeiter, Angestellte, Selbständige, landwirtschaftl. Erwerbstätige; Rentner und Arbeitslose in der Krankenversicherung); Reale Veränderungen der Einkommensgrenzen der Versicherungspflicht
Leistungen	Geldwert- oder Einkommensveränderungen; Kostensteigerungen oder -senkungen (Gehälter der Ärzte, technologischer Wandel in der Medizin); Veränderungen des Verwaltungsaufwands	Zahlung von Teuerungszulagen; Dynamisierung der Leistungen in Anpassung an den Index der Lebenshaltungskosten oder an Veränderungen des Durchschnittslohns	Erhöhung oder Senkung der Leistungssätze in Relation zur Preis- oder Lohnentwicklung; Verlängerung oder Kürzung der Leistungsdauer
Zahl der Leistungsempfänger	Demographische Verschiebungen (Größe der Altershorten und Anteil alter Menschen im Fall der Rentenversicherung); Konjunkturschwankungen (Zahl der Arbeitslosen); Veränderungen der Art und Häufigkeit von Krankheiten und Betriebsunfällen im Rahmen sozio-ökonom. Wandels; Kriege		Veränderungen der Leistungsvoraussetzungen (durch Änderungen der Anwartschaftszeit oder Neudefinition der Qualifikationskriterien); Ausdehnung des Schutzes auf Familienangehörige der aktiv Versicherten

Einen mit den hier angestellten Überlegungen verwandten Versuch, die verschiedenen Komponenten der Entwicklung der Sozialausgaben auf der Basis der Analyse von Aggregatdaten freizulegen, hat vor einigen Jahren die

OECD (1976) unternommen. Die OECD-Studie der Einkommenssicherungsprogramme zerlegt den Anteil der Sozialausgaben am Wirtschaftsprodukt in drei Komponenten, die sie "demographic ratio", "eligibility ratio" und "transfer ratio" nennt. Die Demographiequote gibt den Anteil der von einem bestimmten Risiko betroffenen Gruppen an der (jeweils relevanten) Bevölkerung insgesamt an, im Fall der Rentenversicherung also z.B. den Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung. Die Anspruchsquote zeigt den Anteil der vom Risiko betroffenen Bevölkerungsgruppe, die über einen Leistungsanspruch verfügt, also etwa die Zahl der Rentner als Prozentsatz der Bevölkerung im Rentenalter. Die Leistungsquote schließlich gibt an, wie hoch der Anteil der Leistungen pro Kopf der Leistungsempfänger am Wirtschaftsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist. Diese Unterscheidung erlaubt es, den Anteil der Sozialausgaben am Wirtschaftsprodukt als Produkt der drei Komponenten auszudrücken und den Beitrag, den jede Komponente zu Veränderungen der Sozialausgabenquote leistet, zu berechnen.[234]

Auf der Grundlage von Daten für den Zeitraum 1962 bis 1972 kommt die OECD zu dem folgenden Ergebnis: In der Regel geht etwa ein Drittel des Wachstums der Sozialleistungsquote auf demographische Verschiebungen zurück, knapp zwei Drittel werden durch Erweiterungen des leistungsberechtigten Personenkreises erklärt, der verbleibende karge Rest durch Leistungserhöhungen.[235] Die Organisation nutzt ihre Resultate dann für Vorausschätzungen der wahrscheinlichen künftigen Entwicklungen. Demographische Verschiebungen werden nach den vorhandenen Bevölkerungsprojektionen in der nächsten Zeit keine weitere Steigerung der Sozialleistungsquote mehr erzwingen. Da die Ausdehnung der Programme fast vollendet ist, sind auch wesentliche Erweiterungen des berechtigten Personenkreises nicht mehr zu erwarten. Die beiden Hauptkomponenten des rasanten Wachstums der Sozialausgaben in der Nachkriegszeit entfallen damit. Da die Probleme der öffentlichen Haushalte auch kaum mehr Leistungserhöhungen zulassen, ist ein weiteres Wachstum des Anteils der Sozialausgaben am Sozialprodukt in der Zukunft unwahrscheinlich. In politischen Kategorien heißt das, daß die Ausdehnungsdynamik des Wohlfahrtsstaates auch ohne gesetzliche Sanierungsmaßnahmen zum Halt kommen wird.

Die OECD-Studie hat zum Verständnis des Wachstums des Wohlfahrtsstaates sicherlich mehr als alle anderen bisherigen Untersuchungen beigetragen. Auch sie kann allerdings der allen Analysen von Aggregatdaten gemeinsamen Schwäche, zwischen gesetzlich und extern bedingten Veränderungen nicht klar zu unterscheiden, nicht ganz entgehen. Weder die "eligibility ratio" noch die "transfer ratio" variieren ausschließlich infolge gesetzlicher Eingriffe. So reflektiert die Quote der Leistungsberechtigten den Einfluß von Störvariablen wie die unterschiedliche Stärke der ins Rentenalter vorrückenden Alterskohorten und die kohortenspezifische Erfüllung der Rentenvoraussetzungen.

Die nur unwesentliche Steigerung der "transfer ratio" zeigt keineswegs einen gesetzgeberischen Verzicht auf Leistungserhöhungen an, sondern reflektiert die Kopplung der Leistungen an die Wirtschaftsentwicklung, die in historischer Perspektive eine bedeutende Leistungsverbesserung darstellte. Überdies muß die Transferquote unter sonst gleichen Bedingungen immer dann sinken, wenn die Zahl der Leistungsempfänger schneller wächst als die Gesamtbevölkerung.[236]

Am Studium gesetzlicher Regelungen führt also, wenn es um die Beurteilung sozialstaatlicher Anstrengungen geht, kein Weg vorbei. Um etwa die These von der zyklischen Oszillation der Sozialleistungen unter kapitalistischen Bedingungen zu untersuchen, muß die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Leistungssätze im Kontext des Wirtschaftswachstums untersucht werden. In komparativer Perspektive ist ein solch arbeitsintensives Vorhaben am besten durch Paarvergleiche weitgehend ähnlicher Länder zu realisieren.[237] Um die großen Probleme der Vergleichbarkeit und Zuverlässigkeit nationaler statistischer Daten auch nur annähernd in den Griff zu bekommen, wird sich darüber hinaus jede gültige Überprüfung sozialwissenschaftlicher Hypothesen auf wenige Länder beschränken müssen. Umfassenderen komparativen Untersuchungen wird dagegen eher die Funktion der Hypothesengenerierung und der Schärfung des Blicks für die Variationsbreite sozialstaatlicher Entwicklungsmuster zukommen.

In der parallel betriebenen Systematisierung historischer Vergleiche in der Tradition RIMLINGERS und HECLOS einerseits und komparativen Aggregatstudien, die sich auf vergleichbare geographische Regionen oder politische Systeme beschränken, andererseits, dürfte die fruchtbarste Strategie für die künftige Forschung liegen. Für Arbeiten der ersten Art muß eine Datenbasis erst noch erstellt werden. Für die zweiten Studien kann dagegen die im Rahmen des HIWED-Projektes bereits vorliegende Datensammlung der Nachkriegsentwicklung der westeuropäischen Sicherungssysteme bis 1974 genutzt werden.[238] Die für die Erkenntnis der kapitalismusspezifischen Charakteristika der Sozialpolitik unumgänglichen Systemvergleiche sind vermutlich auf der Grundlage von Paarvergleichen von Ländern mit ähnlichen historischen Traditionen – z.B. Bundesrepublik/DDR, Frankreich/Polen, Niederlande/CSSR am aufschlußreichsten.[239] Globale Aggregatstudien, wie sie der Großteil der hier beschriebenen Analysen der Sozialausgaben betrieben hat, können zu weiterem Erkenntnisgewinn über den Wohlfahrtsstaat wegen der Unvergleichbarkeit der Daten und der Variationsbreite der Kontextbedingungen dagegen vermutlich nur noch wenig beitragen.

Völlig unterbelichtet ist in der empirischen Forschung noch die Frage nach den Konsequenzen der Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates und den Folgen unterschiedlicher Institutionalisierungsformen der Sozialpolitik für die gesellschaftliche Integration und die ökonomische Leistungsfähigkeit.[240] Der

Mangel gesicherter Erkenntnisse hat natürlich nicht verhindert, daß politische Überzeugungen über die Ursachen und Konsequenzen des Wohlfahrtsstaates weit verbreitet sind. Das Fehlen wissenschaftlicher Einsichten ist vielleicht sogar eine Voraussetzung für politische Glaubenskämpfe. Abschließend soll kurz diskutiert werden, welche Einschätzung der gegenwärtigen Debatten um die Grenzen des Sozialstaats die hier angestellten Analysen nahelegen.

C. Implikationen für aktuelle politische Diskussionen

Der Wohlfahrtsstaat ist heute ein gemeinsames Strukturelement aller Länder Europas. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg haben alle westeuropäischen Demokratien umfassende Sozialversicherungen geschaffen, die sie bis in die siebziger Jahre hinein kontinuierlich ausgedehnt haben. Die sozialen Sicherungssysteme beanspruchen heute im westeuropäischen Durchschnitt rund ein Fünftel der nationalen Wirtschaftsprodukte.[241] Neben der politischen Demokratie und der kapitalistischen Industrie stellen sie eines der Grundelemente der sozialen Struktur der Länder Europas dar. Ihr Wachstum war mit dem Wachstum der beiden anderen zentralen Strukturelemente verbunden, und ihre institutionelle Gestaltung spiegelt sie in vielerlei Hinsicht wider. Ausdehnung und Ausgaben der Systeme sind langfristig sowohl in Krisen- wie in Boomzeiten, in Friedens- wie in Kriegsjahren gewachsen. Tiefgreifende Wandlungen zentraler Strukturelemente der westlichen Gesellschaften, die für einen Abbau der Sicherungsinstitutionen die Grundlage böten, sind m.E. gegenwärtig nicht erkennbar.

Am Ausbau der Sicherungssysteme waren in Europa alle Parteien der breiten politischen Mitte beteiligt, wobei ihr jeweiliges Engagement von politischen Kräftekonstellationen geprägt war. Parteipolitische Unterschiede waren im Kontext knapper Ressourcen in der Zwischenkriegszeit ausgeprägter als in den Prosperitätsjahren der Nachkriegszeit. In der möglicherweise bevorstehenden längeren Rezessions- oder Stagnationsphase mag der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungen für die Bemessung sozialstaatlicher Leistungen erneut eine größere Bedeutung zukommen. Daß mit einem Regierungswechsel auch der Abbau des Sozialstaates im Sinne einer Entstaatlichung sozialer Sicherungsfunktionen in die Wege geleitet würde, muß auf der Grundlage der breiten politischen Basis des bisherigen Ausbaus dagegen als unwahrscheinlich erscheinen.

Die Ausdehnung der Systeme auf immer weitere Bevölkerungsgruppen hat eine große sozialpolitische Klientel entstehen lassen, deren politisches Gewicht ständig wächst. Die bisherige Rolle der Sicherungssysteme als

Legitimierungsinstrument und ihre Abhängigkeit von politischen Kräftekonstellationen lassen es als unwahrscheinlich erscheinen, daß an den Interessen der wachsenden Sozialklientel vorbeiregiert werden kann. In der Bundesrepublik lebten nach den Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 1960 7.2 Millionen Bürger überwiegend von Sozialleistungen.[242] Das entsprach damals 19 Prozent der Wahlberechtigten. 1979 bestritten dagegen bereits 11 Millionen Personen oder 26 Prozent der Wahlbevölkerung ihren Lebensunterhalt primär aus Renten oder ähnlichen Einkünften. In den achtziger Jahren übertraf ihre Zahl sogar erstmals die der Arbeiter.[243] Daneben wuchs in allen Ländern Westeuropas der Anteil der öffentlichen Beschäftigten, die an der Ausdehnung staatlicher Tätigkeiten ein materielles Interesse haben. Das wachsende Gewicht der Gruppen, deren Lebensschicksal mit dem Wohlfahrtsstaat eng verknüpft ist, in der Wählerschaft, macht eine Umkehr des historischen Trends zum Wachstum sozialstaatlicher Aktivitäten nicht wahrscheinlich.

Der von manchen Soziologen vorausgesehene Konflikt zwischen den Erwerbstätigen, welche die Abgabenlast für die Sozialleistungen zu tragen haben, und den Kostgängern des Staates, die von den Leistungen profitieren, hat sich in Europa bislang nicht materialisiert.[244] In der Bundesrepublik treten die Gewerkschaften gegenwärtig sogar nicht nur für eine Bewahrung, sondern für den weiteren Ausbau des Sozialsstaates ein. Weder die politischen Kräftekonstellationen noch die Strukturen der sozialstaatlichen Institutionen Europas sind mit denen der Vereinigten Staaten zu vergleichen. REAGANS neue Politik wird vermutlich ebenso wenig zum Exportartikel für Europa werden wie Bismarcks Sozialversicherung im letzten Jahrhundert. Wahrscheinlich ist nach den zitierten Analysen der OECD dagegen, daß die Sozialleistungen nicht annähernd wie im bisherigen Maße weiter steigen werden. Dies signalisiert jedoch weniger den einsetzenden Abbau des Sozialstaats als seinen nahezu vollständigen Ausbau.

Das sozialwissenschaftliche Verständnis der Ursachen und Konsequenzen dieses Ausbaus steckt noch weitgehend in den Kinderschuhen. Es kann m.E. nur durch empirische Analysen erweitert werden, die eine komparative und historische Perspektive haben. Solche Analysen sind meist höchst arbeitsaufwendig und immer mühsam. CHARLES TILLY (1979) hat die Mühsal makrosoziologischer Forschung einmal mit den Löffeln einer Steinsuppe verglichen. Der wissenschaftliche Nachwuchs an europäischen Universitäten – oft über dreißig – wird manchmal eher an das Bild der Sklavenarbeit in einem Steinbruch denken. Dennoch macht auch die Knochenarbeit empirischer gesamtgesellschaftlicher Analyse nicht selten großen Spaß, und wenn sie ein wenig dazu beiträgt, emotionalisierte politische Grabenkämpfe allmählich durch kumulativ gesichertes Wissen zu ersetzen, so lohnt sie auch unter dem Kriterium politischer Relevanz die Anstrengungen. Wer an der empirischen

Anhang

Tabellen und Basisdaten

Tabelle A1

Markante Daten in der Entwicklung der westeuropäischen Arbeiterbewegung

Land	GEWERKSCHAFTLICHE MOBILISIERUNG: Einführung des Koalitionsrechts[1]	GEWERKSCHAFTLICHE MOBILISIERUNG: Gründungsdatum des ersten gewerkschaftlichen Zentralverbands[2]	Entscheidende Wahlrechtserw. u.50% allg. Männerwahlrecht[3]	POLITISCHE MOBILISIERUNG: Gründung einer Arbeiterpartei[4]	Arbeiterpartei erstmals im Parlament[5]
AU	1870	1892: Reichsverband der Gewerkschaften	1907	1889: Sozialdemokratische Partei Österreichs	(1907)
BE	1898 (1921)	1898: Commission Syndicale Section du Conseil Général du Parti Ouvrier	1893	1885: Parti Ouvrier Socialiste Belge	1894
DA	1857	1898: De samvirkende Fagforbund i Danmark	1849	1878: Socialdemokratisk Forbund (Vorläufer 1871)	1884
DE	1869 (1908)	1869: Verband der deutschen Gewerkvereine 1890: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands	1871	1869: Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1863: Allgem. Deutscher Arbeiterverein, Fusion 1875)	1871
FI	1906 (1922)	1907: Suomen Ammattijärgestö – Finlands Fackorganisation	1906	1899: Suomen Sosialdemokraatinen Puolue (Name seit 1903)	1907
FR	1864 (1884)	1903: Confédération Générale du Travail (Vorläufer seit 1895)	1848	1880: Parti Ouvrier Français 1905: Section Française de l'Internationale Ouvrière	(1893)
IR			vgl. VK		
IS			1906	1916: Althýduflokkur	1916
IT	1890	1906: Confederazione generale del lavoro	1912	1882: Partito operaio (Norditalien) 1892: Partito Socialista Italiano	1895
LU	(nach WW I)		1919	1896: Parti Social Démocrate	
NE	1855 (1872)	1893: Nationaal Arbeids Secretariaat (1905: Nederlands Verband van Vakverenigingen)	1896	1894: Social Democratische Arbeiders Partei (Vorläufer 1888)	1897
NO	1839	1899: Arbeidernes Faglige Landsorganisation	1898	1887: Norske Arbeiderparti	1903
SW	1864	1898: Landsorganisationen i Sverige	1909	1889: Sveriges Socialdemokratitiska Arbetarpartiet	1896
SZ	1848	1880: Allgemeiner Schweizerischer Gewerkschaftsbund	1848	1888: Sozialdemkratische Partei der Schweiz	1893
VK	1824 (1871)	1863: Trade Union Congress	1885	1900: Labour Party (formell 1906)	1900

1) Quelle: I.L.O. Studies and Reports, Series A 29-31. Termin der Aufhebung von Koalitionsverboten oder Einführung von Vereinsfreiheit (in Klammern: explizites Koalitionsrecht bzw. explizite Anwendung der Vereinsfreiheit auf Gewerkschaften).
2) Quelle: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl. (1909) Artikel "Gewerkvereine" (Bd. 4, S. 1106-1227); Kendall (1975).
3) Quelle: Kohl (1977), Flora u.a. (1982).
4) Quelle: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. (1924), Artikel "Sozialdemokratie" (Bd. 7, S. 510-566).
5) Quelle: Mackie/Rose (1974).

Tabelle A2

Einige Kerngesetze der Sozialversicherungsentwicklung in Westeuropa*

	UNFALLVERSICHERUNG	KRANKENVERSICHERUNG	RENTENVERSICHERUNG
ÖSTERREICH (AU)	1887 Pflichtversicherung für ausgewählte Industriebetriebe 1894 Zusätzliche Betriebe 1928 Landarbeiter 1952 Selbständige	1888 Pflichtversicherung mit Einkommensgrenzen für Arbeiter und Angestellte 1926 Familienangehörige und Rentner in der Angestelltenversicherung 1928 Landarbeiter 1941 Familienangehörige und Rentner in der Arbeiterversicherung 1955 leitende Angestellte 1965 Landwirte 1966 Selbständige in der Industrie (halbobligatorisch)	1906 Pflichtversicherung für Angestellte über Einkommensgrenze 1927 Arbeiter (nur teilweise in Kraft) 1928 Landarbeiter (nur teilweise in Kraft) 1957 Selbständige in Industrie und Handel 1957 Landwirte
BELGIEN (BE)	1903 Haftpflicht für Arbeiter in ausgewählten Betrieben 1922 Angestellte unter Einkommensgrenze 1927 Berufskrankheiten 1930 Zusätzl. Betriebe und Landwirtschaft 1945 Alle abhängig Beschäftigten 1971 Pflichtversicherung für abh. Beschäftigte	1894 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1944 Pflichtversicherung für abhängig Beschäftigte; Sachleistungen für Rentner und Familienangehörige 1963 Selbständige	1900 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1924 Pflichtversicherung für Arbeiter unter Einkommensgrenze 1925 Angestellte 1930 Alle Arbeiter 1954 Selbständige 1956 Landwirte
DÄNEMARK (DA)	1898 Haftpflicht für Industriearbeiter 1908 Landwirtschaft 1916 Pflichtversicherung für abhängig Beschäftigte 1933 Berufskrankheiten	1892 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1933 halb-obligatorische Versicherung 1960 Ausdehnung der halb-obligatorischen Versicherung auf alle Bürger unter 16 1971 Volksversicherung	1891 Nationale Altersrenten (Fürsorge) 1921 Invalidenversicherungspflicht für aktive Mitglieder von Krankenkassen 1933 Invalidenversicherungspflicht für alle Mitglieder von Krankenkassen; Altersrenten 1959 Witwenrenten 1960 Invalidenvolksversicherung

DEUTSCHLAND (DE)	1871 Haftpflicht für ausgewählte Industriebetriebe 1884 Pflichtversicherung für Arbeiter und Angest. unter Einkommensgrenze in ausgewählten Industriebetrieben 1886 Landarbeiter 1925 Berufskrankheiten 1939 Landwirte 1942 Abhängig Beschäftigte (Personenversicherung)	1883 Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte unter Einkommensgrenze 1911 Landarbeiter 1930 Sozialleistungen für Familienangehörige als Regelleistung 1941 Rentner 1971 Landwirte	1889 Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte unter Einkommensgrenze 1899 Landarbeiter 1911 Hinterbliebenenrenten; Angestelltenversicherung 1938 Selbständige Handwerker 1957 Landwirte 1967 Aufhebung der Einkommensgrenzen für abhängig Beschäftigte
FINNLAND (FI)	1895 Pflichtversicherung für Industriebetriebe (1917 erneuert bzw. bestätigt) 1902 Seeleute 1918 Landarbeiter 1926 Berufskrankheiten	1963 Volksversicherung	1937 Volksversicherung für Alters- und Invaliditätsrenten 1961 Einkommensbezogene Zusatzrenten 1968 Hinterbliebenenrenten
FRANKREICH (FR)	1898 Haftpflicht für Industriebetriebe 1906 Handelsbetriebe 1919 Berufskrankheiten 1922 Landarbeiter 1946 Pflichtversicherungspflicht für abhängig Beschäftigte 1966 Landwirte	1898 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1919 Übernahme der Pflichtversicherung in Elsaß-Lothringen 1930 Pflichtversicherung mit Einkommensgrenzen 1942 Alle Arbeiter ohne Einkommensgrenzen 1946 Rentner 1961 Landwirte 1966 Selbständige außerhalb der Landwirtschaft	1895 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1905 Nationale Fürsorgerenten 1910 Pflichtversicherung (nur Teilrealisierung) 1930 Verschärfung der Versicherungspflicht, mit Einkommensgrenzen 1942 Alle Arbeiter ohne Einkommensgrenzen 1948 Freiberufliche und andere Selbständige 1952 Landwirte
IRLAND (IR)	Bis zur Unabhängigkeit: Britische Gesetze 1934 Ausdehnung der Haftpflicht auf zusätzliche Angestellte 1966 Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte mit Einkommensgrenzen	Bis zur Unabhängigkeit: Britische Gesetze (ohne Sachleistungen) 1952 Versicherungspflicht für abhängig Beschäftigte unter Einkommensgrenze	Bis zur Unabhängigkeit: Britische Gesetze 1935 Hinterbliebenenpflichtversicherung für abhängig Beschäftigte mit Einkommensgrenze 1960 Altersrenten
ISLAND (IS)	1917 Haftpflicht für abhängig Beschäftigte 1925 Pflichtversicherung für Industrie und Handel	1911 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1946 Pflichtversicherung für alle abhängig Beschäftigten 1956 Volksversicherung	1946 Volksversicherung

Forts. Tab. A2	UNFALLVERSICHERUNG	KRANKENVERSICHERUNG	RENTENVERSICHERUNG
ITALIEN (IT)	1898 Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte in ausgewählten Betrieben 1904 Zusätzliche Betriebe 1917 Landarbeiter 1929 Berufskrankheiten 1956 Ausgewählte Selbständige	1886 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1928 Halb-Pflichtvers. durch kollektive Arbeitsverträge 1939 Sachleistungen für Familienangehörige 1943 Pflichtversicherung für Industriearbeiter 1954 Landwirte 1955 Rentner 1956 Selbständige Handwerker	1898 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1919 Pflichtvers. für Arbeiter und Angestellte mit Einkommensgrenzen 1939 Hinterbliebenenrenten 1950 Aufhebung der Einkommensgrenzen 1957 Landwirte 1959 Selbständige Handwerker
LUXEMBURG (LU)	1902 Pflichtversicherung für Industriearbeiter mit Einkommensgrenze 1909 Landarbeiter 1925 Berufskrankheiten 1946 Beschäftigte in Handelsbetrieben, selbständige Handwerker und Landwirte 1955 Aufhebung der Einkommensgrenzen	1901 Pflichtversicherung für Beschäftigte in Industriebetrieben mit Einkommensgrenze 1944 Rentner 1951 Aufhebung der Einkommensgrenzen 1952 Selbständige in Industrie und Handel, Freiberufliche 1962 Landwirte	1911 Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte mit Einkommensgrenzen 1931 Aufhebung der Einkommensgrenzen 1946 Hinterbliebenenrenten (beschränkt seit 1925) 1951 Selbständige Handwerker 1956 Landwirte 1964 Freiberufliche
NIEDERLANDE (NE)	1901 Pflichtversicherung für ausgewählte Industriebetriebe 1921 Alle Betriebe außerhalb der Landwirtschaft 1922 Landarbeiter 1928 Berufskrankheiten 1942 Freiberufliche 1966 Pflichtversicherung für alle abhängig Beschäftigten	1929 Pflichtversicherung für Geldleistungen mit Einkommensgrenzen 1941 Pflichtversicherung für Sachleistungen inkl. Familienangehörige 1951 Rentner 1967 Volksversicherung gegen schwere Krankheiten	1913 Pflichtversicherung mit Einkommensgrenzen 1919 Hinterbliebenenrenten 1956 Volksversicherung, Altersrenten 1957 Hinterbliebenenrenten

NORWEGEN (NO)	1894 Pflichtversicherung für ausgewählte Industriebetriebe 1908 Fischer 1911 Seeleute 1958 Pflichtversicherung für alle abhängig Beschäftigten inkl. Berufskrankheiten	1909 Pflichtversicherung mit Einkommensgrenzen; Sachleistungen für Familienangehörige 1935 Selbständige Fischer 1953 Aufhebung der Einkommensgrenzen (abhängig Beschäftigte) 1956 Volksversicherung	1936 Volksversicherung für Altersrenten 1957 Waisenrenten 1960 Invalidenrenten 1965 Witwenrenten 1966 Allgemeine Rentenversicherung und zusätzl. einkommensbezogene Renten
SCHWEDEN (SW)	1901 Haftpflicht für Industriebetriebe 1916 Pflichtversicherung mit Einkommensgrenzen 1927 Aufhebung der Einkommensgrenzen 1929 Berufskrankheiten	1891 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1947/1953 Volksversicherung	1913 Volksversicherung für Alter und Invalidität 1946 Witwenrenten 1959 Zusatzpflichtversicherung mit einkommensbezogenen Leistungen
SCHWEIZ (SZ)	1881 Haftpflicht für Fabrikarbeiter 1911 Pflichtversicherung für abhängig Beschäftigte in Industrie (inkl. Berufskrankheiten) 1951 Landarbeiter	1911 Subventionierung freiwilliger Versicherung 1916 erste kantonale Pflichtversicherung (Appenzell Außerrhoden)	seit 1916 kantonale Pflichtversicherung 1946 Volksversicherung für Altersrenten und Hinterbliebene 1959 Invalidenrenten
VEREINIGTES KÖNIGREICH (VK)	1897 Haftpflicht für ausgewählte Industriebetriebe 1900 Landarbeiter 1906 erweiterte Haftpflicht, inkl. Berufskrankheiten 1946 umfassende Pflichtversicherung	1911 Pflichtversicherung mit Einkommensgrenzen (Krankheit und Invalidität) 1913 Sachleistungen 1946 Volksversicherung 1965 einkommensbezogene Geldleistungen	1908 Nationale Fürsorgerenten 1925 Pflichtversicherung mit Einkommensgrenzen für Alters- und Hinterbliebenenrenten 1946 Volksversicherung (mit Befreiungsmöglichkeit für bestimmte Gruppen)

* Die Tabelle listet wichtige Ausdehnungsgesetze der Versicherungspflicht und Gesetze, die neue Leistungsarten einführten. Für die Arbeitslosenversicherung vgl. die Tabelle 23 im Text.

Fortsetzung Tabelle A7 :

Land	Erstgesetze (in Klammern Ausdehnungsgrad)[1]	Industrialisierungsgrad (I)[2]	Urbanisierungsgrad (U)[3]	Sozioökonomische Entwicklung (I+U)	Wahlrechtsausdehnung[4]	Linksstimmenanteil[5]	Pflichtversicherungen (in Klammern Ausdehnungsgrad)[1]	Industrialisierungsgrad (I)[2]	Urbanisierungsgrad (U)[3]	Sozioökonomische Entwicklung (I+U)	Wahlrechtsausdehnung[4]	Linksstimmenanteil[5]
IT	UV 1898 (5)	24	23	47	25	8.9	UV 1898 (5)	24	23	47	25	8.9
	KV 1886 (5)	24	14	38	30	-	KV 1928 (7)	29	32	61	100	29.9
	RV 1898 (.1)	24	23	47	25	8.9	RV 1919 (38)	24	27	51	91	22.8
	AV 1919+(12)	24	27	51	91	22.8	AV 1919 (12)	24	27	51	91	22.8
NE	UV 1901 (22)	32	37	69	52	3.0	UV 1901 (22)	32	37	69	52	3.0
	KV 1929 (40)	37	49	86	97	24.5	KV 1929 (40)	37	49	86	97	24.5
	RV 1913 (50)	33	43	76	67	13.9	RV 1913 (50)	33	43	76	67	13.9
	AV 1916 (2)	37	44	81	69	18.5	AV 1949 (50)	38	56	94	95	33.3
NO	UV 1894 (15)	24	16	40	42	-	UV 1894 (15)	24	16	40	42	-
	KV 1909 (38)	25	20	45	90	16.0	KV 1909 (38)	25	20	45	90	16.0
	RV 1936(100)	26	20	46	100	41.9	RV 1936(100)	26	20	46	100	41.9
	AV 1906 (1)	25	19	44	90	9.7	AV 1938 (35)	26	20	46	100	42.8
SW	UV 1901 (17)	27	14	41	26	0.8	UV 1916 (54)	30	18	48	78	36.4
	KV 1891 (1)	20	11	31	23	-	KV 1953(100)	40	36	76	97	50.3
	RV 1913(100)	30	17	47	78	28.5	RV 1913(100)	30	17	47	78	28.5
	AV 1934 (2)	38	23	61	97	50.0	AV -					
SZ	UV 1881 (10)	42	10	52	79	-	UV 1911 (22)	46	21	67	77	17.7
	KV 1911 (21)	46	21	67	77	17.7	KV -					17.7
	RV 1946(100)	46	29	75	92	28.6	RV 1946(100)	46	29	75	92	28.6
	AV 1924 (8)	45	24	69	86	25.1	AV 1976	46	33	79	84	27.3
VK	UV 1897 (40)	54	56	110	63	1.0	UV 1946 (90)	50	69	119	99	48.4
	KV 1911 (64)	54	61	115	63	6.4	KV 1911 (64)	54	61	115	63	6.4
	RV 1908 (-)[4]	54	60	114	63	4.8	RV 1925 (84)	48	62	110	89	33.6
	AV 1911 (12)	54	61	115	63	6.4	AV 1911 (12)	54	61	115	63	6.4

1) Zahl der Versicherten als v.H. der Erwerbsbevölkerung; Quelle: Alber in Flora (1982)
2) Anteil der Erwerbsbevölkerung im sekundären Sektor; Quelle: Flora (1975)
3) Anteil der Bevölkerung in Städten über 20 000 Einwohner; Quelle: Flora (1975)
4) Wahlberechtigte Männer als v.H. der erwachsenen männlichen Bevölkerung (in den durch das Wahlrecht spezifizierten Altersgruppen); Quelle: Flora (1982)
5) Aggregierter Stimmenanteil der Arbeiterparteien; Quelle: Mackie/Rose (1974); Liste der berücksichtigten Parteien in Flora u.a. (1977), S. 766
6) Gesetz mit teilweisem Fürsorgecharakter
+) Unterstrichene Gesetze wurden binnen eines Jahres vor Wahlen verabschiedet.

Tabelle A8 : Zahl der Wahljahre seit der Demokratisierung des Wahlrechts bis zur Einführung der letzten Sozialversicherung

Land	Jahr der Wahlrechtsreform	Einführung des letzten Sozialversicherungssystems		Zahl der Wahljahre zwischen Wahlreform und Einführung des letzten Systems		Zahl der Nichtwahljahre	
		Erstgesetze	Pflichtvers.	Erstgesetze	Pflichtvers.	Erstgesetze	Pflichtvers.
Österreich (AU)	1907	1927	1927	6	6	14	14
Belgien (BE)	1893	1920	1971	12	27	15	51
Dänemark (DA)	1849	1907	(1976)[1]	25	50	33	77
Deutschland (DE)	1871	1927	1927	16	16	40	40
Finnland (FI)	1906	1963	(1976)	23	27	34	23
Frankreich (FR)	1848	1905	1967	15	30	42	89
Italien (IT)	1912	1919	1928	2	4	5	12
Niederlande (NE)	1896	1929	1949	10	14	23	39
Norwegen (NO)	1898	1936	1938	13	13	25	27
Schweden (SW)	1909	1934	(1976)	8	20	27	47
Schweiz (SZ)	1848	1946	(1976)	32	40	66	88
Vereinigtes Königreich (VK)	1885	1911	1925	7	11	19	29
Insgesamt				169	258	343	536

1) In Klammern: Bis 1976 noch nicht eingeführt.

Tabelle A9 Determinanten der Sozialversicherungsausdehnung im Jahr 1900[1]

Land	Industrialisierungsgrad[2]	Index der sozioökonomischen Entwicklung (I+U)[3]	Ausdehnung des Wahlrechts[4]	Anteil der Linksstimmen[5]	Ausdehnungsgrad
Österreich (AU)	24	38	34/85	-	9.0
Belgien (BE)	43	70	90	21.0	3.8
Dänemark (DA)	28	49	87	14.3	10.5
Deutschland (DE)	40	69	94	27.2	40.8
Finnland (FI)	11	18	(19)	-	1.8
Frankreich (FR)	30	54	88	11.3	6.8
Italien (IT)	24	48	25	13.0	2.8
Niederlande (NE)	32	68	51	3.0	0.0
Norwegen (NO)	26	45	90	3.0	3.3
Schweden (SW)	27	41	25	0.4	3.3
Schweiz (SZ)	47	65	79	9.7	4.0
Vereinigtes Königreich (VK)	54	111	62	1.3	9.8

1) Vgl. auch die institutionellen Daten zur Wahlrechtsreform und Gründung von Arbeiterparteien in Tabelle A1
2) Anteil der Erwerbsbevölkerung im sekundären Sektor; Quelle: Flora (1975)
3) Index, der den Anteil der industriellen Erwerbsbevölkerung und den Anteil der städtischen Bevölkerung summiert; Quelle: Flora (1975)
4) Anteil der wahlberechtigten Männer an der erwachsenen männlichen Bevölkerung; Quelle: Flora u.a. (1982)
5) Aggregierter Stimmenanteil der Arbeiterparteien in den letzten vorausgegangenen Wahlen; Quelle: Mackie/Rose (1974)

Tabelle A7 : Makrocharakteristika der westeuropäischen Länder bei Einführung der Sozialversicherung

Land	Erstgesetze (in Klammern Ausdehnungsgrad)[1]	Industrialisierungsgrad (I)[2]	Urbanisierungsgrad (U)[3]	Sozioökonomische Entwicklung (I+U)	Wahlrechtsausdehnung[4]	Linksstimmenanteil[5]	Pflichtversicherungen (in Klammern Ausdehnungsgrad)[1]	Industrialisierungsgrad (I)[2]	Urbanisierungsgrad (U)[3]	Sozioökonomische Entwicklung (I+U)	Wahlrechtsausdehnung[4]	Linksstimmenanteil[5]
AU	UV 1887 (7)	21	12	33	31	-	UV 1887 (7)	21	12	33	31	-
	KV 1888 (10)	21	12	33	31	-	KV 1888 (10)	21	12	33	31	-
	RV 1927+(43)	36	36	72	93	40.3	RV 1927 (43)	36	36	72	93	40.3
	AV 1920 (35)	37	36	73	90	40.8	AV 1920 (35)	37	36	73	90	40.8
BE	UV 1903 (28)	44	28	72	90	22.5	UV 1971 (80)	45	37	82	96	31.3
	KV 1894 (2)	40	26	66	88	0.2	KV 1944 (46)	47	32	79	94	35.6
	RV 1900 (9)	43	27	70	90	21.0	RV 1924 (48)	47	31	78	97	34.8
	AV 1920 (18)	47	30	77	91	36.6	AV 1944 (34)	47	32	79	94	35.6
DA	UV 1898 (15)	28	22	50	88	11.3	UV 1916 (55)	29	24	53	88	29.6
	KV 1892 (12)	26	21	47	84	7.3	KV 1933(100)	30	31	61	95	43.8
	RV 1891 (-)[6]	26	20	46	84	7.3	RV 1922 (97)	29	28	57	96	32.6
	AV 1907 (6)	28	23	51	86	25.4	AV -					
DE	UV 1871	33	13	46	81	3.2	UV 1884 (18)	36	18	54	91	6.1
	KV 1883 (24)	36	18	54	91	6.1	KV 1883 (24)	36	18	54	91	6.1
	RV 1889 (58)	38	21	59	92	10.1	RV 1889 (58)	38	21	59	92	10.1
	AV 1927 (44)	41	41	82	99	35.2	AV 1927 (44)	41	41	82	99	35.2
FI	UV 1895 (7)	11	7	18	20	-	UV 1895 (7)	11	7	18	20	-
	KV 1963(100)	33	33	66	100	45.9	KV 1963(100)	33	33	66	100	45.9
	RV 1937(100)	19	19	38	87	38.6	RV 1937(100)	19	19	38	87	38.6
	AV 1917 (1)	13	11	24	85	44.8	AV -					
FR	UV 1898 (3)	29	23	52	88	11.3	UV 1946 (60)	31	31	62	89	47.3
	KV 1898 (8)	29	23	52	88	11.3	KV 1930 (32)	33	31	64	87	33.9
	RV 1895 (8)	29	22	51	87	8.3	RV 1910 (13)	30	26	56	92	12.3
	AV 1905 (0.2)	29	25	54	92	10.4	AV 1967 (50)	39	41	80	(89)	43.7

1) Zahl der Versicherten als v.H. der Erwerbsbevölkerung; Quelle: Alber in Flora (1982)
2) Anteil der Erwerbsbevölkerung im sekundären Sektor; Quelle: Flora (1975)
3) Anteil der Bevölkerung in Städten über 20 000 Einwohner; Quelle: Flora (1975)
4) Wahlberechtigte Männer als v.H. der erwachsenen männlichen Bevölkerung (in den durch das Wahlrecht spezifizierten Altersgruppen); Quelle: Flora (1982)
5) Aggregierter Stimmenanteil der Arbeiterparteien; Quelle: Mackie/Rose (1974); Liste der berücksichtigten Parteien in Flora u.a. (1977), S. 766
6) Gesetz mit teilweisem Fürsorgecharakter
+) Unterstrichene Gesetze wurden binnen eines Jahres vor Wahlen verabschiedet.

Tabelle A12 : Wahljahre und Wahlerfolge von Arbeiterparteien 1880–1975

Land	1880–90	1890–95	1895–00	1900–05	1905–10	1910–15	1915–20	1920–25	1925–30	1930–35	1935–40	1940–45	1945–50	1950–55	1955–60	1960–65	1965–70	1970–75
AU					1907+ *	1911+ *	1919+ *	1920– 1923+	1927+ *	1930–			1945+ 1949– *	1953+	1956 1959	1962–	1966–	1970+ 1971+ *
BE		1892 1894+	*	1900+ *		1912+ *	1919+	1921–	1925+ 1929– *	1932+	1936– 1939–		1946+ 1949– *	1950+ 1954+ *	1958–	1961	1965– 1968–	1971– 1974
DA	1884+ 1887–	1890+ 1892+ *	1895+ 1898+ *	1901+ 1903+ *	1906+ 1909+ *	1910 1913+ *	1918	1920(3)+ 1924+ *	1926 1929+ *	1932+ *	1935+ 1939– *	1943	1945 1947+	1950– 1953(2)+	1957	1960+ 1964 *	1966+ 1968–	1971+ 1973–
DE	1881– 1884+ 1887 *	1890+ 1893+ *	1898+ *	1903+ *	1907–	1912+ *	1919+ *	1920– 1924– 1924+	1928+ *	1930– 1933–			1949+	1953–	1957	1961+ *	1965+ 1969+ *	1972+ *
FI					1907+ 1908+ 1909+ *	1910+ 1911 1913+ *	1916+ 1917– 1919–	1922+ 1924	1927+ 1929	1930– 1933+	1936+ 1939+ *		1945+ 1948– *	1951+ 1954	1958	1962–	1966+ *	1970– 1972+
FR		1893+	1898+ *	1902+	1906+	1910+ 1914+ *	1919+ *	1924+ *	1928+ *	1932+	1936+ *		1945+ 1946(2)–	1951–	1956 1958–	1952+	1967+ 1968–	1973+
IT			1895+ 1897+ *	1900+ 1904+ *	1909–	1913+ *	1919+ *	1921–					1946+ 1948–	1953+	1958+	1963+ *	1968	1972–
NE	1888	1891 1894	1897+	1901+ *	1905+ 1909+ *	1913+ *	1918+ *	1922–	1925+ 1929+ *	1933	1937		1946+ 1948–	1952+	1956+ 1959–	1963	1967–	1971+ 1972+ *
NO		1894	1897	1900+ 1903+ *	1906+ 1909+ *	1912+ *	1915+ 1918 *	1921– 1924+	1927+ *	1930– 1933+	1936		1945+ 1949– *	1953	1957	1961	1965– 1969	1973–
SW			1896 1899	1902+	1905+ 1908+ *	1911+ 1914(2)+ *	1917+ *	1920– 1921+ 1924+ *	1928–	1932+ *	1936+ *	1940+ 1944 *	1948–	1952–	1956 1958	1960+ 1964	1968	1970– 1973–
SZ			1896+ 1899+ *	1902+ *	1905+ 1908+ *	1911+ 1914–	1917+ 1919– *	1922+	1925+ 1928+ *	1931+	1935 1939–	1943	1947+	1951–	1955 1959	1963	1967–	1971
VK			1895	1900	1906+ *	1910+ 1910	1918+ *	1922+ 1923+ 1924+ *	1929+ *	1931–	1935+ *		1945+ *	1950– 1951+	1955– 1959	1964	1966+ *	1970– 1974– 1974+

Legende: – Verlust von mindestens einem Prozentpunkt gegenüber der letzten Wahl
+ Stimmenzuwachs von Arbeiterparteien von mindestens einem Prozentpunkt gegenüber der letzten Wahl
+ Stimmenzuwachs von mindestens 3 Prozentpunkten, der auch gegenüber der vorletzten Wahl einen Gewinn bedeutet, also nicht nur vorherige Verluste ausgleicht.
* Periode, für die aufgrund des vorausgehenden Wahlerfolges der Arbeiterparteien eine erhöhte Ausdehnung der Sozialausgaben

Tabelle A13 : Regierungsbeteiligung von Arbeiterparteien und Ausdehnung der Sozialversicherung[1]

Land und durchschnittl. Regierungsbeteiligung	1915-20	1920-25	1925-30	1930-35	1935-40	1940-45	1945-50	1950-55	1955-60	1960-65	1965-70	1970-75
AU 8/30	* 13/13 14.5	* 6/10 4.5	- 14.3	- - 6.5	- .	.	8/56 .	* 0/60 12.8	* 0/60 10.7	* 0/60 0.3	0/16 5.5	* 56/56 2.7
BE 12/32	0/14 7.5	0/23 1.8	* 0/29 6.5	-/- 1.5	* 9/57 - 0.5	6.5	* 54/54 16.0	8/8 4.0	* 42/42 5.0	* 0/44 13.2	0/34 5.3	* 15/52 2.7
DA 36/38	0/20 13.2	8/11 22.0	* 31/31 1.8	* 60/60 3.0	* 60/60 0.7	1.0	25/25 1.5	26/26 0.8	* 60/60 4.0	* 60/60 0.0	* 37/37 0.0	26/26 2.2
DE 9/14	* 14/14 2.7	* 6/27 3.3	* 18/18 12.5	3/3 - 3.5	-/- 9.5	.	-/- .	-/- 8.8	-/- 2.5	-/- - 0.5	* 2/37 3.2	* 60/60 3.3
FI 12/24	-/- 2.0	-/- 0.8	* 12/12 3.2	-/- 0.3	* 0/33 25.7	1.5	* 17/56 2.0	3/40 2.0	20/34 2.0	-/- 29.8	* 43/43 5.5	* 38/41 6.5
FR 5/14	-/- 1.3	0/6 9.2	* 0/14 8.3	-/- 1.2	* 22/22 6.0	1.8	* 16/60 8.2	* 0/23 7.0	* 16/27 13.5	-/- 10.8	-/- 5.0	-/- 3.0
IT 0/12	-/- 22.5	-/- 1.7	-/- 2.0	-/- 5.0	-/- 8.0	.	* 5/28 1.0	-/- 6.5	-/- 21.9	0/13 5.5	* 0/50 2.0	* -/41 - 3.0
NE 14/19	-/- 18.0	-/- 2.0	-/- 14.0	-/- - 2.8	* 0/5 3.0	0.3	* 29/54 5.7	* 60/60 14.5	* 48/48 8.0	-/- 3.5	-/19 9.5	20/20 3.7
NO 30/30	-/- 5.5	-/- - 3.3	-/- 2.3	-/- 2.2	* 57/57 40.3	0.7	* 54/54 7.3	* 60/60 1.7	* 60/60 8.0	* 59/59 1.0	10/10 0.0	33/33 8.0
SW 44/47	-/26 9.0	* 28/30 - 1.0	17/17 2.5	27/27 0.3	* 57/57 6.7	16.0	* 60/60 5.0	* 60/60 3.4	* 60/60 - 0.6	* 60/60 1.2	* 60/60 4.0	* 60/60 3.3
SZ 0/26	-/- 8.0	-/- 4.0	-/- 8.5	-/- 3.2	-/- 2.3	0.7	* 0/60 27.0	0/49 3.3	-/- 1.2	* 0/60 - 0.1	* 0/60 - 0.6	* - /60 3.0
VK 17/17	-/- 7.0	* 9/9 9.2	7/7 20.0	* 20/20 - 0.7	-/- 7.2	4.3	* 53/53 9.0	22/22 - 2.3	-/- - 0.7	3/3 0.2	* 60/60 - 1.2	16/16 - 1.5

1) Die obere Zahl vor dem Schrägstrich gibt an, wie viele Monate Arbeiterparteien alleine oder als Seniorpartner einer Koalition die Regierungsverantwortung trugen, die Zahl dahinter, wie lange sie insgesamt an der Regierung beteiligt waren. Die unteren Zahlen markieren den Zuwachs des Index der Sozialversicherungsausdehnung. Rechts unten mit einem Quadrat markierte Felder kennzeichnen Phasen mit überdurchschnittlich langer sozialistischer Regierungsbeteiligung. Links oben mit einem Stern markierte Felder kennzeichnen die Phasen längerer sozialistischer Regierungsmacht in periodenspezifischer Betrachtung.

Tabelle A14

Die Regierungsbeteiligung von Arbeiterparteien bis 1975[1)]

Land	Juniorpartner einer Koalition 1	Seniorpartner einer Koalition oder alleine regierend 2	Regierungsbeteiligung insgesamt (Monate) (1+2)	(Allein-)verantwortlich für die Regierung (Monate) (2)
Österreich (AU)	7. 7.20–20.11.20 20.12.45–19. 4.66	30.10.18– 3. 3.19 15. 3.19–11. 6.20 27. 4.45–20.12.45 20. 4.70– 1975	331	83
Belgien (BE)	20.11.20– 6.12.21 17. 6.25–22.11.27 25. 3.35–15. 5.38 22. 2.39– 5. 1.40 25. 4.61–19. 3.66 7. 6.68–27. 1.73	15. 5.38–22. 2.39 11. 2.45–11. 8.49 23. 4.54–27. 6.58 28. 1.73–24. 4.74	357	128
Dänemark (DA)	26. 4.18–30. 3.20	23. 4.24– 4.12.26 30. 4.29– 9. 4.40 (Kriegsreg. während deutscher Besatzung) 19.11.47–28.11.50 1.10.53– 2. 2.68 10.10.71–18.12.73	419	396
Deutschland (DE)	10. 5.21–22.11.22 13. 8.23–30.11.23 1.12.66–21.10.69	9.11.18–25. 6.20 28. 6.28–30. 3.30 21.10.69– 1975	160	103
Finnland (FI)	12. 3.37– 1.12.39 (meiste Sitze der Koalitionsparteien) 1.12.39–17. 4.45 (Sammlungsregier.) 17. 4.45–29. 7.48 17. 1.51– 9. 7.53 5. 5.54– 3. 3.56 15. 7.70–29.10.70	31.12.26–17.12.27 29. 7.48–17. 3.50 3. 3.56–27. 5.57 29. 8.58–13. 1.59 27. 5.66–13. 5.70 23. 3.72– 1975	259	133
Frankreich (FR)	(ohne Républicains Socialistes) (15. 6.24–10. 3.26; Cartel des Gauches) 10.11.44–26. 1.46 24. 6.46–16.12.46 24.11.47–11. 8.51 13. 6.57–14. 5.58	4. 6.36–10. 4.38 26. 1.46–24. 6.46 16.12.46–24.11.47 1. 2.56–13. 6.57	152	54
Italien (IT)	10.12.45–31. 5.47 15.12.47–23. 5.48 4.12.63– 9. 7.68 12.12.68– 5. 8.69 27. 2.70–16. 2.72 8. 7.73–22.11.75 (ohne Saragat-Sozialdemokr.)	25. 6.45–26.11.45	132	5

1) Die Monatsangaben beziehen sich auf den Zeitraum bis zum 1.1.1975.

Quellen: von Beyme (1970), Spuler (1962–1972), de Swaan (1973) und Mackie/Rose (1974).

Fortsetzung Tabelle A14

Land	Juniorpartner einer Koalition 1	Seniorpartner einer Koalition oder alleine regierend 2	Regierungsbeteiligung insgesamt (Monate) (1+2)	(Allein-)verantwortlich für die Regierung (Monate) (2)
Niederlande (NE)	9. 8.39-14. 5.40 1. 7.46- 9. 8.48 12. 4.65-21.11.66	26. 6.45- 1. 7.46 9. 8.48-24.12.58 11. 5.73- 1975	210	157
Norwegen (NO)		20. 3.35- 9. 5.40 (ab deutscher Besatzung Exilreg.) 25. 6.45-27. 8.63 25. 9.63-12.10.65 14. 3.71-16.10.72 16.10.73- 1975	337	337
Schweden (SW)	19.10.17-10. 3.20	10. 3.20-27.10.20 13.10.21-19. 4.23 18.10.24- 7. 6.26 24. 9.32-19. 6.36 28. 9.36- 1975	578	550
Schweiz (SZ)	(15.12.43-31. 1.54) (5. 1.60- 1975) (Sozialdemokraten im Bundesrat)		301	-
Großbritannien (VK)	10. 5.40-22. 5.45 (Kriegskoalition)	21. 1.24- 6.11.24 8. 6.29-25. 8.31 27. 7.45- 3.11.51 15.10.64-20. 6.70 5. 3.74- 1975	190	190

Tabelle A15 Gesetzlich bedingte Ausdehnungssprünge der Sozialversicherung und Regierungsbeteiligung von Arbeiterparteien[1)]

Österreich (AU)	1927/28 (UV, KV, RV)	–
	1952/53 (UV)	+
	1958/59 (RV)	+
	1967/68 (KV)	–
Belgien (BE)	1899/1900 (RV)	–
	1904/05 (UV)	–
	1919/20 (AV)	+
	1925/26 (RV)	–
	1944/45 (KV)	–
	1954/56 (RV)	+
	1965/66 (KV)	+
Dänemark (DA)	1921/22 (RV)	–
	1933/34 (KV, RV)	+
Deutschland (DE)	1890/91 (RV)	–
	1927/28 (AV)	–
Finnland (FI)	1938/39 (RV)	+
	1963/64 (KV)	–
Frankreich (FR)	1899/1900 (UV, KV, RV)	–
	1930/31 (KV,RV)	–
	1945/46 (UV, KV)	+
	1958/59 (AV)	–
	1961/62 (KV)	–
Italien (IT)	1919/20 (AV)	–
	1953/55 (KV)	–
	1955/57 (UV, KV, RV)	–
Niederlande (NE)	1918/19 (RV)	–
	1929/30 (KV)	–
	1950/51 (AV)	+
	1951/52 (KV)	+
	1956/57 (RV)	+
Norwegen (NO)	1911/12 (KV)	–
	1935/37 (RV)	+
	1938/39 (AV)	+
	1955/56 (KV)	+
	1958/60 (UV)	+
Schweden (SW)	1913/15 (RV)	–
	1917/18 (UV)	–
	1954/55 (KV)	+
Schweiz (SZ)	1913/14 (KV)	–
	1947/48 (RV)	+
Vereinigtes Königreich (VK)	1912/13 (KV, AV)	–
	1920/21 (AV)	–
	1925/26 (RV)	–
	1947/48 (UV, KV, RV, AV)	+

1) Die Jahreszahlen beziehen sich auf die quantitativen Ausdehnungssprünge der Mitgliederzahlen infolge gesetzlicher Erweiterung. Die Klassifizierung der Regierungen verweist auf die Regierungsparteien zur Zeit der den Ausdehnungssprüngen zugrundeliegenden Gesetzgebung.

UV: Unfallversicherungsgesetz; KV: Krankenversicherungsgesetz;
RV: Rentenversicherungsgesetz; AV: Arbeitslosenversicherungsgesetz
\+ Arbeiterparteien an der Regierung beteiligt;
– Arbeiterparteien nicht an der Regierung beteiligt

Tabelle A16 : Regierungsbeteiligung von Arbeiterparteien und gesetzlich bedingte Ausdehnungsschübe der Sozialversicherung

Land	Untersuchungszeitraum in Jahren		Dauer sozialistischer Regierungsbeteiligung			Zahl der Ausdehnungsschübe in Jahren sozialistischer Regierungsbeteiligung	
	seit Einführung der ersten Sozialversicherung (fünf-) jährlich gerundet)	seit 1915	in Jahren (Monate: 12)	in Prozent des Zeitraumes seit Einführung der ersten Sozialversicherung	in Prozent der Jahre seit 1915	im gesamten Untersuchungszeitraum	seit 1915
Österreich (AU)	85	55	22.9	26.9	41.6	2 (von insges. 4)	2 (von 4)
Belgien (BE)	80	55	25.5	32.1	46.7	3 (von 7)	3 (von 5)
Dänemark (DA)	80	55	32.7	40.9	59.5	1 (von 2)	1 (von 2)
Deutschland (DE)	85	55	8.3	9.8	15.1	0 (von 2)	0 (von 1)
Finnland (FI)	75	55	18.3	24.4	33.2	1 (von 2)	1 (von 2)
Frankreich (FR)	80	55	12.7	15.9	23.1	1 (von 5)	1 (von 4)
Italien (IT)	85	55	7.6	8.9	13.8	0 (von 3)	0 (von 3)
Niederlande (NE)	70	55	15.8	22.6	28.7	3 (von 5)	3 (von 5)
Norwegen (NO)	75	55	25.3	33.9	46.2	4 (von 5)	4 (von 4)
Schweden (SW)	80	55	43.2	52.8	76.7	1 (von 3)	1 (von 1)
Schweiz (SZ)	90	55	20.1	33.5	36.5	1 (von 2)	1 (von 2)
Vereinigtes Königreich (VK)	75	55	14.5	22.3	26.4	1 (von 4)	1 (von 3)
Insgesamt	960	660	246.9	25.7	37.3	18 (von 44) = 40.9 %	18 (von 36) = 50.0 %

Tabelle A17 Grundlegende Merkmale von Arbeitslosenversicherungsgesetzen

Dimension	Subdimension	Typische gesetzliche Bestimmungen
I. Organisationstyp	Programmart *)	Subventioniert freiwillige oder Pflichtversicherungen.
	Verwaltung	Durch öffentliche Instanzen oder Selbstverwaltungskörperschaften oder verschiedene Kombinationen von beiden.
II. Leistungen	Berechnungsprinzip	Einheitssätze oder einkommensbezogene Zahlungen. Bei Einheitssätzen erhält jeder Versicherte den gleichen Betrag. Bei einkommensbezogenen Systemen sind die Leistungen entweder als konstanter Prozentsatz des Verdienstes ausgedrückt (so daß jeder Versicherter die gleiche Entschädigungsrate erhält) oder als degressiv gestaffelte Prozentsätze des Einkommens (so daß die Entschädigungsrate für besser verdienende Personen niedriger ist.
	Leistungshöhe	Die Leistungshöhe kann als Prozentsatz des ausgefallenen Verdienstes ausgedrückt werden. Wo die Leistungssätze in diesem Sinn nicht direkt in den Gesetzestexten genannt sind, ist die Entschädigungsrate eines alleinstehenden männlichen Unterstützungsempfängers, der den Durchschnittslohn industrieller Arbeiter (nach IAA-Statistiken) verdient, berechnet worden.
	Familienzulagen	Vorhanden oder nicht vorhanden; einkommensbezogen oder als feste Einheitssätze.
	Leistungsdauer	Die Entschädigungsdauer ist gewöhnlich begrenzt. Eine maximale Bezugsdauer ist entweder generell angegeben oder als variables Limit ausgedrückt, das von der Zahl der vorher geleisteten Beiträge abhängt.
III. Kontrollvorschriften	Wartezeit	Vor der ersten Zahlung von Leistungen muß gewöhnlich eine Wartezeit von mehreren Tagen abgeleistet werden. Die Zahl der Tage ist entweder direkt in den Gesetzen gegeben oder als variabler Zeitraum mit Unter- und Obergrenzen angegeben.
	Anwartschaftszeit	Voraussetzung für den Erhalt von Leistungen ist gewöhnlich der Nachweis einer bestimmten Versicherungsdauer oder einer bestimmten Zahl von geleisteten Beiträgen.
	Leistungsvoraussetzungen	Unterstützung wird nur gewährt, wenn einige Bedingungen erfüllt sind, deren Anzahl und Inhalt variiert. Einige Standardbestimmungen sind in allen Gesetzen enthalten (z. B. Arbeitsfähigkeit und -verfügbarkeit durch Meldung bei Arbeitsämtern etc.), aber daneben gibt es zusätzliche Bedingungen, die nur einige Gesetze vorschreiben, wie etwa genügend eigene Anstrengungen, Arbeit zu finden, anständiger Lebenswandel oder auch Bedürftigkeit.
	Kriterien der Zumutbarkeit	Die Unterstützungszahlung ist gewöhnlich an die Bedingung geknüpft, daß der Arbeitslose bereit ist, eine "zumutbare" Beschäftigung anzunehmen, aber die Definition zumutbarer Stellen variiert. Gewöhnlich benennen die Gesetze für die angebotenen Stellen einige Kriterien wie Lohnniveau, Entfernung vom Wohnort etc.
	Disqualifikationsbestimmungen	Die Unterstützung wird gewöhnlich versagt, wenn die Arbeitslosigkeit aus bestimmten Faktoren resultiert wie z. B. Arbeitskonflikte, fristlose Entlassung wegen Fehlverhalten oder freiwillige Kündigungen. Daneben erlischt der Anspruch bei Weigerung eine zumutbare Stelle anzunehmen oder Berufsbildungskurse zu besuchen.
	Sperrfrist	In den meisten Fällen erlischt der Anspruch auf Leistungen beim Vorliegen der obigen Gründe nicht vollständig, sondern nur für eine Frist, die vom Grund der Disqualifizierung abhängt. Die Dauer der Sperrfrist ist entweder generell angegeben, in das Ermessen der Verwaltung gestellt oder als variable Periode mit Ober- und Untergrenzen genannt.
IV. Finanzierung	Finanzierungsquellen	Die Systeme können durch Beiträge der Versicherten, der Arbeitgeber oder des Staates finanziert werden, oder durch verschiedene Kombinationen dieser drei Quellen. Der Anteil jeder Finanzierungsquelle ist entweder direkt im Gesetzestext genannt oder kann auf der Basis der gesetzlichen Bestimmungen errechnet werden.
	Berechnungsprinzip	Einheitssätze, einkommensbezogen mit fixen Prozenten des Einkommens oder degressiv gestaffelt (vgl. oben unter Leistung).

*) Eingerahmte Merkmale sind Bestandteil der Analysen.

Tabelle A18 : Vergleich der Einführungsgesetze zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung in Westeuropa

Land	LEISTUNGEN			BEITRÄGE				GESETZLICHE KONTROLLEN		
	Höhe (% des Bruttolohns)	Dauer (Wochen)	Berechnungsprinzip	Berechnungsprinzip	Finanzierungsquelle Arbeitnehmer %	Arbeitgeber %	Staat %	Wartezeit (Tage)	Sperrfrist (Wochen)	Anwartschaftszeit (Wochen)
FR (1905)		10	Variabel, mit Obergrenzen bezügl. Staatszuschüssen	Nicht spezifiziert			etwa 20 (variiert mit Kassentyp)	nicht spezif.	variabel	26
NO (1906)		15	Einkommensbezogen; gesetzliches Maximum als fixer Lohnprozentsatz	Nicht spezifiziert	75		25	3	nicht spezif.	26
DA (1907)		12	Einkommensbezogen; gesetzliches Maximum als fixer Lohnprozentsatz	Nicht spezifiziert	75		25	6-15 (10)	Vollst.	52
NE (1916)		10	Einkommensbezogen; gesetzliches Maximum als fixer Lohnprozentsatz	Nicht spezifiziert			50 (max.,inkl. Kommunen)	nicht spezif.	nicht spezif.	nicht spezif.
FI (1917)		15	Variabel innerhalb gesetzlich fixierter Grenzen	Nicht spezifiziert			etwa 60 (inkl.Komm.) (variiert mit der Leistung)	6-15 (10)	Vollst.	26
BE (1920)		(8)	Einkommensbezogen; gesetzliches Maximum als fixer Lohnprozentsatz	Nicht spezifiziert	66.6		33.3	2	4	52
SZ (1924)		15	Einkommensbezogen; gesetzliches Maximum als fixer Lohnprozentsatz	Nicht spezifiziert			etwa 35 (variiert mit Kassentyp)	3	Vollst.	30
SW (1934)		20	Einkommensbezogen; gesetzliches Maximum als fixer Lohnprozentsatz	Nicht spezifiziert			etwa 30 (variiert mit Höhe der Leistg.)	6	4 oder mehr	52

Tabelle A19 : Vergleich der Einführungsgesetze zur obligatorischen Arbeitslosenversicherung in Westeuropa

Land	LEISTUNGEN			BEITRÄGE				GESETZLICHE KONTROLLEN		
	Höhe (% des Bruttolohns)	Dauer (Wochen)	Berechnungsprinzip	Berechnungsprinzip	Finanzierungsquelle Arbeitnehmer %	Arbeitgeber %	Staat %	Wartezeit (Tage)	Sperrfrist (Wochen)	Anwartschaftszeit (Wochen)
VK (1911)	(20 %) c)	15	Einheitssatz	Einheitssatz	37.5	37.5	25	6	1-6 (3)	26
IT (1919)	56 % b)	20	Einkommensbezogen mit degressiven Sätzen in verschiedenen Lohnklassen	Einkommensbezogen mit degressiven Sätzen in verschiedenen Lohnklassen	50	50	(Niedrig: Defizit)	7	Vollständ. (20)	48
AU (1920)	(36 %) a)	12	Einkommensbezogen mit konstanten Prozentsätzen in verschiedenen Lohnklassen	Eink.- und risikobezogen mit konstanten Prozentsätzen in Lohn- und Risikoklassen	33	33	33	7	4	20
IR (1923)	(25 %) c)	15	Einheitssatz	Einheitssatz	35	39	26	6	1-6 (3)	20
DE (1927)	35 % c)	26	Einkommensbezogen mit degressiven Sätzen in verschiedenen Lohnklassen	Einkommensbezogen mit konstanten Prozentsätzen in verschiedenen Lohnklassen	50	50	(Niedrig: Defizit)	7	4	26
NO (1938)	28 % b)	15	Einkommensbezogen mit schwach degressiven Sätzen in versch. Lohnklassen	Einkommensbezogen mit schwach degressiven Sätzen in versch. Lohnklassen	40	40	20 Komm. (Staat: Niedrig: Defizit)	6	4	45
BE (1944)	33 % b)	(52)	Einheitssatz	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	(25)	(25)	Hoch (50)	4	1-13 (7)	1 Tag
NE (1949)	70 % a)	21	Einkommensbezogen (konst. ?rozentsatz)	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	(38)	(38)	(24) Beide Systeme zusammen 1)	3	Ermessen d.Verwltg.	13
FR (1967)	56 % b)	52	Einkommensbezogene Komponente mit konst.Prozentsatz u.Einheitssatz (degr.Effekt)	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	(14)	(58)	(28) Beide Systeme zusammen 2)	0	6	12

a) Prozentsatz im Gesetzestext
b) Tägliche Leistung in % des durchschnittlichen Brutto-Tageslohns*)
c) Wöchentliche Leistung in % des wöchentlichen Brutto-Durchschnittslohns*)
d) Monatliche Leistungen in % des monatlichen Brutto-Durchschnittslohns*)
e) Leistungen gelten als steuerpflichtiges Einkommen.
*) Berechnet nach den Lohnstatistiken in I.L.O. Yearbook of Labour Statistics oder nationalen statistischen Jahrbüchern.

1) Die niederländische Versicherung besteht aus einer Kombination von zwei Leistungssystemen (Wartegeld und Arbeitslosenunterstützung).
2) Das französische System besteht aus einer Kombination von Versicherungs- und Fürsorgeleistungen.

Tabelle A20 : Vergleich der 1975 geltenden Gesetze zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung in Westeuropa

Land	LEISTUNGEN			BEITRÄGE				GESETZLICHE KONTROLLEN		
	Höhe (% des Bruttolohns)	Dauer (Wochen)	Berechnungsprinzip	Berechnungsprinzip	Finanzierungsquelle Arbeitnehmer %	Arbeitgeber %	Staat %	Wartezeit (Tage)	Sperrfrist (Wochen)	Anwartschaftszeit (Wochen)
DA 1907	etwa 60 % c), e)	130	Einkommensbezogen mit konstantem Prozentsatz (degressiver Effekt wegen niedriger Bemessungsgrenze)	Einkommensbezogen mit konstantem Prozentsatz (degressiver Effekt wegen niedriger Bemessungsgrenze)			Hoch (etwa 60 %)	0	?	52
FI 1917	etwa 35 % c)	25			(7)	(43)	(50)	5	?	26
SZ 1924	55 % b)	18	Einkommensbezogen mit konstantem Prozentsatz (degressiver Effekt wegen niedriger Bemessungsgrenze)				Niedrig (etwa 5 % im Aggregat)	1	bis zu 10	30
SW 1934	etwa 60-70 % b), e)	60					(75)	5	4	52

a) Prozentsatz im Gesetzestext
b) Tägliche Leistung in % des durchschnittlichen Brutto-Tageslohns*)
c) Wöchentliche Leistung in % des wöchentlichen Brutto-Durchschnittslohns*)
d) Monatliche Leistungen in % des monatlichen Brutto-Durchschnittslohns*)
e) Leistungen gelten als steuerpflichtiges Einkommen.
*) Berechnet nach den Lohnstatistiken in I.L.O. Yearbook of Labour Statistics oder nationalen statistischen Jahrbüchern.

Tabelle A21 : Vergleich der 1975 geltenden obligatorischen Arbeitslosenversicherung in Westeuropa

Land	LEISTUNGEN			BEITRÄGE				GESETZLICHE KONTROLLEN		
	Höhe (% des Bruttolohns)	Dauer (Wochen)	Berechnungsprinzip	Berechnungsprinzip	Finanzierungsquelle Arbeitnehmer %	Arbeitgeber %	Staat %	Wartezeit (Tage)	Sperrfrist (Wochen)	Anwartschaftszeit (Wochen)
VK 1911	34 % c)	52	Einheitssatz und einkommensbezogene Zulage	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	(32)	(50)	(18) (für die gesamte Volksvers.)	3	1-6 (3)	26
IT 1919	5 % b), f)	26	Einheitssatz	Nur Arbeitgeberbeiträge (als Lohnprozentsatz)		(100)	(Niedrig:Verwaltg.kosten)	7	5	104
AU 1920	33 % d)	30	Einkommensbezogen mit degressiven Sätzen in Lohnklassen	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	50	50	(Niedrig: Defizit)	3	4	52
IR 1923	45 % c)	26	Einheitssatz	Einheitssatz	(33)	(46)	(20) (für die gesamte Volksvers.)	3	1-6 (3)	26
DE 1927	46 % c)	52	Einkommensbezogen mit konst. Prozentsatz des Nettolohns	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	50	50	(Niedrig: Defizit)	0	2-4 (3)	26
NO 1938	28 % b)	21	Einheitssatz und einkommensbezogene Zulage	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)			(Niedrig: Defizit) (~ 15)	3	4	30
BE 1944	60 % a), e)	(52)	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	21	29	50 + Defizit	1	4-13 (7)	15 steigt mit d.Alter des Vers.
NE 1949	80 % a), e)	26	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	(36)	(36)	(28) (Beide Systeme zusammen) 1)	0	?	13
FR 1967	53 % b)	52	Einkommensbezog.Komponente mit konst.Prozentsatz und Einheitssatz	Einkommensbezogen (konst. Prozentsatz)	(15)	(61)	(24) (Beide Systeme zusammen) 2)	0	?	12

a) Prozentsatz im Gesetzestext
b) Tägliche Leistung in % des durchschnittlichen Brutto-Tageslohns*)
c) Wöchentliche Leistung in % des wöchentlichen Brutto-Durchschnittslohns*)
d) Monatliche Leistungen in % des monatlichen Brutto-Durchschnittslohns*)
e) Leistungen gelten als steuerpflichtiges Einkommen.
f) Einheitsleistungen unter dem allgemeinen System, Sondersysteme gewähren je nach der Ursache der Arbeitslosigkeit höhere Leistungen.
*) Berechnet nach den Lohnstatistiken in I.L.O. Yearbook of Labour Statistics oder nationalen statistischen Jahrbüchern.

1) Die niederländische Versicherung besteht aus einer Kombination von zwei Leistungssystemen (Wartegeld und Arbeitslosenunterstützung).
2) Das französische System besteht aus einer Kombination von Versicherungs- und Fürsorgeleistungen.

Anmerkungen zu Tabelle 1

AU	a) Eine Rentenversicherung für Angestellte wurde schon 1906 eingeführt. Von dem Gesetz von 1927 traten bis zur deutschen Okkupation nur Übergangsbestimmungen in Kraft. Ab 1939 galten die deutschen Gesetze.
DA	a) Einführung eines semi-obligatorischen Systems mit (niedriger) Grundbeitragspflicht für fast alle Bürger bei Freiwilligkeit der zum Leistungsempfang berechtigenden "aktiven" Mitgliedschaft. Ein nationaler Gesundheitsdienst mit vollem obligatorischem Charakter wurde 1971 (Sachleistungen) und 1972 (Krankengeld) eingeführt. b) 1921 Einführung einer obligatorischen Invalidenversicherung; 1922 Einführung eines wirksamen Rechtsanspruchs auf die 1891 als Teil der Fürsorge eingeführten Altersrenten, die durch ein Gesetz von 1957 und verschiedene Folgegesetze (1960, 1965) stufenweise in ein einkommensunabhängiges System der Staatsbürgerversorgung umgebaut wurden.
FI	a) Der obligatorische Charakter des Gesetzes von 1895 wurde durch ein Gesetz von 1917 bestärkt. Ursprünglich bestand die Versicherungspflicht nur für schwere, nach 1917 für alle Unfälle. b) Staatliche Rahmenrichtlinien für die freiwillige Versicherung (ohne Subventionierung) durch eine Verordnung von 1897.
FR	a) Beschränkte Subventionen für freiwillige Krankenkassen wurden erstmals durch eine Verordnung vom 26.3.1852 eingeführt; deren Ausbau erfolgte durch das genannte Gesetz von 1898. Das Gesetz von 1930 modifizierte das ursprüngliche Gesetz vom 5.4.1928, das bis zur Abänderung nicht in Kraft trat. b) Ein Dekret vom 25.4.1856 führte erstmals limitierte Subventionen für die freiwillige Altersversicherung ein, aber die rechtlichen Voraussetzungen des Rentenbezugs blieben unklar (z. B. Wegfall der Renten bei Umzug, Wahl der Leistungsempfänger durch die Mitglieder der Vereine und ähnliche Bestimmungen). Regelmäßige Subventionen wurden erst 1895 geschaffen. Der obligatorische Charakter der Gesetze von 1910 wurde durch spätere Gerichtsentscheidungen (gegen den automatischen Beitragsabzug vom Lohn) aufgehoben und erst durch ein neues Gesetz vom 30.4.1930 voll durchgesetzt. c) Das Subventionierungsgesetz von 1905 wurde durch ein Gesetz vom 11.10.1940 aufgehoben, so daß die Arbeitslosen allein durch das Fürsorgesystem unterstützt wurden. Durch Ministererlaß vom 12.5.1959 wurde das von den Tarifparteien ausgehandelte Abkommen zur Arbeitslosenversicherung staatlich sanktioniert. Das Gesetz von 1967, das eine Reihe früherer Verordnungen zur Arbeitslosenpolitik zusammenfaßte, stellte dieses System auf eine gesetzliche Basis.
IT	a) Das Dekret von 1928 erklärte alle (durch ein Gesetz von 1926 und die Carta del Lavoro von 1927 als allgemeinverbindlich bestimmten) Gesamtarbeitsverträge für ungültig, die keine Bestimmungen über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer enthielten. 1943 wurde die Versicherungspflicht durch Errichtung einer landeseinheitlichen Krankenversicherungsanstalt für Industriearbeiter ("INAM") endgültig bestätigt.
NE	a) Das 1913 verabschiedete Gesetz zur Krankenpflichtversicherung trat nie in Kraft und wich in wesentlichen Punkten von den Neuregelungen des Jahres 1929 ab.
SW	a) Schon 1947 wurde ein Gesetz zur Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung verabschiedet, das aber nicht in Kraft trat, bis es durch das Gesetz von 1953 präzisiert wurde.
SZ	a) Die ursprünglich auf Eisenbahnen beschränkte Haftpflicht wurde provisorisch erstmals 1877 auf Fabriken ausgedehnt.
VK	a) Ein erstes Haftpflichtgesetz mit beschränkter Wirksamkeit und begrenztem Anwendungsbereich wurde 1880 verabschiedet und stufenweise durch Gesetze von 1897 und 1906 wirksamer gestaltet. b) Das Gesetz von 1908 über die nationalen Altersrenten hatte teilweise Fürsorgecharakter.

Literatur

AARON, Henry J.: 1967. Social Security. International Comparisons. S. 13–48 in: ECKSTEIN, 1967.

AARON, Henry J.: 1968. International Comparisons. S. 294–304 in: PECHMAN u.a., 1968.

ABENDROTH, Wolfgang: 1965. Soziale Sicherheit in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 151–175 in: Frank BENSELER (Hg.): Festschrift zum 80. Geburtstag von Georg Lukacs. Luchterhand, Neuwied.

ACHINGER, Hans:1953. Soziale Sicherheit – Eine historisch-soziologische Untersuchung neuer Hilfsmethoden. Enke, Stuttgart.

ACHINGER, Hans: 1971. Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Frankfurt.

ALBER, Jens: 1977. On the Development of Unemployment Insurance in the United Kingdom. Verfielfältigt, Köln.

ALBER, Jens: 1979. Die Entwicklung sozialer Sicherungssysteme im Licht empirischer Analysen. S. 123–211 in: ZACHER, 1979.

ALBER, Jens: 1980. Der Wohlfahrtsstaat in der Krise? Eine Bilanz nach drei Jahrzehnten Sozialpolitik in der Bundesrepublik. Zeitschrift für Soziologie, 9: 313–342.

ALBER, Jens: 1982. Social Insurance Statistics for Western Europe. Verfielfältigt, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz.

ANTONELLI, Etienne: 1963. Trente-trois ans de la sécurité sociale en France. Reschly, Montpellier.

BACON, Robert und Walter ELTIS: 1976. Britain's Economic Problem: Too Few Producers. Macmillan, London.

BADURA, Bernhard und Peter GROSS: 1976. Sozialpolitische Perspektiven. Piper, München.

BAHRDT, Hans Paul: 1966. Wege zur Soziologie. Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, München.

BAIER, Horst: 1977. Herrschaft im Sozialstaat. Auf der Suche nach einem soziologischen Paradigma der Sozialpolitik. S. 128–142 in: von FERBER und KAUFMANN, 1977.

BAIER, Horst: 1979. Im Dienst des Leviathan – Ivan Illich herrschaftssoziologisch weitergedacht. S. 7–31 in: Rainer FLÖHL (Hg.): Maßlose Medizin? Antworten auf Ivan Illich. Springer, Berlin, Heidelberg, New York.

BAIROCH, P., T. DELDYCKE, H. GELDERS, J.M. LIMBOR: 1968. La Population active et sa structure. Université Libre. Brüssel.
BARKER, Ernest: 1944. The Development of Public Services in Western Europe 1660–1930. Oxford University Press, London.
BELLOM, Maurice: 1892. Les lois d'assurance ouvrière à l'étranger. 4 Bände (1892–1909), Arthur Rousseau, Paris.
BENDIX, Reinhard: 1966. Social Stratification and the Political Community. S. 73–86 in: Reinhard BENDIX und Seymour Martin LIPSET (Hg.): Class, Status and Power. Routledge & Kegan Paul, London.
BENDIX, Reinhard: 1969. Modernisierung in internationaler Perspektive. S. 505–512 in: ZAPF, 1969.
BEVERIDGE, William: 1942. Social Insurance and Allied Services. His Majesty's Stationery Office. London.
von BEYME, Klaus: 1970. Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa. Piper, München.
BIEDENKOPF, Kurt H. und Meinhard MIEGEL: 1978. Wege aus der Arbeitslosigkeit in der sozialen Marktwirtschaft. Bonn Aktuell. Stuttgart.
BIEDENKOPF, Kurt H. und Meinhard MIEGEL: 1979. Die programmierte Krise. Alternativen zur staatlichen Schuldenpolitik. Bonn Aktuell, Stuttgart.
BLAUSTEIN, Saul J. und Isabel CRAIG: 1977. An International Review of Unemployment Insurance Schemes. W.E. Upjohn Institute for Employment Research. Kalamazoo.
BLUME, Stuart S.: 1976. Policy and Theory, Paper presented at a seminar of The European Centre for Social Welfare Training and Research on "The Use of Social Research". Vervielfältigt, Strobl.
BÖDIKER, T.: 1895. Die Arbeiterversicherung in den Europäischen Staaten. Duncker & Humblot, Leipzig.
BOETTCHER, Erik (Hg.): 1957. Sozialpolitik und Sozialreform. Mohr, Tübingen.
BOGS, Walter: 1956. Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung. S. 312–321 in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 1, Vandenhoeck & Ruprecht, Stuttgart.
BONNIZZI, Cesare: 1944. Die Sozialversicherung Italiens. Kommerzdruck, Zürich.
BRAUN, Hans: 1972. Soziale Sicherung. System und Funktion. Kohlhammer, Stuttgart.
BRAUN, Heinrich: 1956. Industrialisierung und Sozialpolitik in Deutschland. Kiepenheuer & Witsch, Köln.
BREHMER, Christian: 1972. Die soziale Sicherung in Schweden, in der BRD und in den USA. Dissertation, Universität Freiburg, Freiburg.
BREMME, Gabriele: 1961. Freiheit und soziale Sicherheit. Enke, Stuttgart.
BRIGGS, Asa: 1961. The Welfare State in Historical Perspective. Europäisches Archiv für Soziologie, 2: 211–258.
BRUCE, Maurice: 1968. The Coming of the Welfare State. Batsford, London.
BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG: 1977. Übersicht über die soziale Sicherung. Bonn.
BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE VERWALTUNG: 1968. Fünfzig Jahre Ministerium für soziale Verwaltung 1918–1968. Festschrift. Wien.

BURGHARDT, Anton: 1966. Lehrbuch der Allgemeinen Sozialpolitik. Duncker & Humblot, Berlin.
BURKUS, John: 1968. Some Aspects of Income Redistribution Through Social Security in Four Western Countries. International Labour Review, 97: 167–190.
BURNS, Eveline M.: 1956. Social Security and Public Policy. Mc Graw Hill, New York.
BURTON-SKARDAL, Dorothy: 1955. Social Insurance in Norway. The Norwegian Joint Committee on International Social Policy, Oslo.

CALLUND, David: 1978. Employee Benefits in Europe. Callund & Company, London.
CALMANN, John: 1967. Western Europe. A Handbook. Anthony Blond, London.
CARR-SAUNDERS, A.M.: 1936. World Population. Past Growth and Present Trends. Clarendon Press, London.
CIPOLLA, Carlo M.: 1969. Literacy and Development in the West. Pelican, Harmondsworth.
CIPOLLA, Carlo M.: 1970. The Economic History of World Population. Harmondsworth, Pelican.
COLLIER, David und Richard MESSICK: 1975. Prerequisites Versus Diffusion: Testing Alternative Explanations of Social Security Adoption. American Political Science Review, 69: 1299–1315.
COMMISSIONER OF LABOR: 1911. Workmen's Insurance and Compensation Systems in Europe. Twenty-Fourth Annual Report of the Commissioner of Labor 1909, Government Printing Office, Washington, D.C..
CREUTZ, Helmut: 1966. Social Security in Austria. Bulletin of the International Social Security Association, 19: 3–60.
CUTRIGHT, Phillipps: 1965. Political Structure, Economic Development, and National Security Programs. American Journal of Sociology, 70: 537–550.
CUTRIGHT, Phillipps: 1967. Income Redistribution: A Cross-National Analysis. Social Forces, 46: 180–190.

DEUTSCH, Karl W.: 1969. Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung. S. 329–350 in: ZAPF, 1969.
DUPEYROUX, Jean-Jacques: 1966. Entwicklung und Tendenzen der sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und in Großbritannien. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Hohe Behörde, Luxemburg.
DUPEYROUX, Jean-Jacques: 1971. Sécurité sociale. Dalloz, Paris.
DURAND, Paul: 1953. La politique contemporaine de la sécurité sociale. Dalloz, Paris.
DURKHEIM, Emile: 1969. Lecons de sociologie: physique des moeurs et du droit. 2. Auflage, Presses universitaires de France, Paris.
DURKHEIM, Emile: 1977. Über die Teilung der sozialen Arbeit. Suhrkamp, Frankfurt.

ECKSTEIN, Otto (Hg.): 1967. Studies in the Economics of Income Maintenance. Brookings, Washington D.C.
EHRENBERG, Herbert und Anke FUCHS: 1980. Sozialstaat und Freiheit. Suhrkamp, Frankfurt.
EICHENBERG, Richard C.: 1977. Redistribution and the Welfare State: A Critique and Re-Analysis Based on The Welfare State and Equality, Paper prepared for the SPG/HIWED workshop on "The Historical Development and Current Problems of the Welfare States". Vervielfältigt, Luzern.
EICHENBERG, Richard C.: 1978. Public Employment in Five European Countries 1880–1970, Paper prepared for the Annual Meeting of the American Political Science Association. Vervielfältigt, New York.
EICHENBERG, Richard C.: 1981. Defense/Welfare Tradeoffs in West German Budgeting. Dissertation, University of Michigan, Ann Arbor.
EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT (Hg.): 1925. Volkswirtschaft, Arbeitsrecht und Sozialversicherung der Schweiz. Erster darstellender Teil. Benzinger, Einsiedeln.
EPSTEIN, Abraham: 1938. Insecurity A Challenge to America. A Study of Social Insurance in the United States and Abroad. Random House, New York.
ETZIONI, Amitai: 1969. Elemente einer Makrosoziologie. S. 147–176 in: ZAPF, 1969.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1958. Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft. (Jährliche Serie). Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1960. Vergleichende Darstellung der Systeme der sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaften. (Zweijährliche Serie). Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1960. Sozialstatistik. (Unregelmäßige Serie). Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1962a. Statistiken der sozialen Sicherheit 1955–1960. Sozialstatistik 4. 1962. Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1962b. Europäische Konferenz über die soziale Sicherheit. 2 Bände. Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1962c. Das Wesen der sozialen Sicherheit in den Ländern der EWG in der Gegenwart. Studien Reihe Sozialpolitik Nr. 3. Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1962d. Vergleich der Leistungen der sozialen Sicherheit in den Ländern der EWG. Studien Reihe Sozialpolitik Nr. 4. Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1962e. Finanzierung der sozialen Sicherheit in den Ländern der EWG. Studien Reihe Sozialpolitik Nr. 5. Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1968. Bericht über den Vergleich des britischen Systems der sozialen Sicherheit mit den Systemen in den Ländern der Gemeinschaft. Luxemburg-Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1969. Finanzielle Probleme der sozialen Sicherheit 1958–1970. Luxemburg-Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1970. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der sozialen Sicherheit. Studien Reihe Sozialpolitik Nr. 21. Luxemburg-Brüssel.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1971. Indikatoren der sozialen Sicherheit. Luxemburg-Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1972. Sozialkonten 1962–1970. Sozialstatistik 3. 1972. Luxemburg-Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1972. Financial Development of Social Security in the Community's Member States 1965–1970–1975. Summary Report. Luxemburg-Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1977. Sozialkonten 1970–1975. Luxemburg-Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1979. Das Europäische Sozialbudget 1980–1975–1970. Luxemburg-Brüssel.
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: 1980. Social Indicators for the European Community. Luxemburg-Brüssel.

FARLEY, Desmond: 1964. Social Insurance and Social Assistance in Ireland. Institute of Public Administration, Dublin.
von FERBER, Christian: 1967. Sozialpolitik in der Wohlstandsgesellschaft. Wegner, Hamburg.
von FERBER, Christian: 1971. Gesundheit und Gesellschaft. Haben wir eine Gesundheitspolitik? Kohlhammer, Stuttgart.
von FERBER, Christian und Franz-Xaver KAUFMANN: 1977. Soziologie und Sozialpolitik. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 19. Westdeutscher Verlag, Opladen.
von FERBER, Christian: 1979. Soziale Sicherung in Westeuropa. S. 744–766 in: MATTHES, 1979.
FLORA, Peter: 1974. Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung. Westdeutscher Verlag, Opladen.
FLORA, Peter: 1974a. Indikatoren der Modernisierung. Ein historisches Datenhandbuch. Westdeutscher Verlag, Opladen.
FLORA, Peter: 1975. Quantitative Historical Sociology. Current Sociology 23,2. Mouton, Paris.
FLORA, Peter: 1976. Modernisierung und die Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Habilitationsschrift, Universität Mannheim, Mannheim.
FLORA, Peter, Jens ALBER und Jürgen KOHL: 1977. Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Politische Vierteljahresschrift 18: 707–772.
FLORA, Peter: 1979. Krisenbewältigung oder Krisenerzeugung? Der Wohlfahrtsstaat in historischer Perspektive. S. 82–136 in MATTHES, 1979.
FLORA, Peter und Arnold HEIDENHEIMER (Hg.): 1981. The Development of Welfare States in Europe and America. Transaction Books, New Brunswick und London.
FLORA, Peter und Jens ALBER, Richard C. EICHENBERG, Jürgen KOHL, Winfried PFENNING, Kurt SEEBOHM: 1982. State, Economy, and Society in Western Europe 1815–1975. A Data Handbook. Campus, Frankfurt.
FRAKT, Phyllis M.: 1977. Democracy, Political Activity, Economic Development, and Government Responsiveness. The Case of Labor Policy. Comparative Political Studies, 10: 177–212.

FRANKEL, Lee K. und Miles M. DAWSON: 1911. Workingmen's Insurance in Europe. Charities Publication Committe, New York.
FREITAG, Emil: 1934. Geschichte und Entwicklung der französischen Sozialversicherung. Dissertation, Universität Mannheim, Mannheim.
FRIEDLANDER, Walter: 1975. International Social Welfare. Prentice Hall, New York.
FRÖHLICH, Sigrid: 1976. Die soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden. Duncker & Humblot, Berlin.
FURNISS, Norman und Timothy TILTON: 1977. The Case for the Welfare State. Indiana University Press, Bloomington und London.

GALENSON, Walter: 1952. Comparative Labor Movements. Prentice Hall, New York.
GALENSON, Walter: 1968. A Quantitative Approach to Social Security and Economic Development. S. 51–65 in: KASSALOW, 1968.
GEIGER, Theodore und Francis M. GEIGER: 1978. Welfare and Efficiency. Their Interactions in Western Europe and Implications for International Economic Relations. National Planning Association, Washington D.C..
GEISSLER, Heiner: 1976. Die Neue Soziale Frage. Herder, Freiburg.
GEORGE, Victor: 1968. Social Security. Beveridge and After. Routledge & Kegan Paul, London.
GEORGE, Victor: 1973. Social Security and Society. Routledge & Kegan Paul, London.
GEORGE, Vic und MANNING, Nick: 1980. Socialism, Social Welfare and the Soviet Union. Routledge & Kegan Paul. London.
GERLOFF, Wilhelm und Franz MEISEL (Hg.): 1929. Handbuch der Finanzwissenschaft. Dritter Band: Der Staatshaushalt und das Finanzsystem der wichtigsten Kulturstaaten von Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Mohr, Tübingen.
GILBERT, Bentley B.: 1970. British Social Policy 1914–1939. Batsford, London.
GILBERT, Bentley B.: 1973. The Evolution of National Insurance in Great Britain. Michael Joseph, London.
GINSBURGH, Norman: 1979. Class, Capital and Social Policy. Macmillan, London.
GLADEN, Albin: 1974. Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Steiner, Wiesbaden.
GOLDTHORPE, John H.: 1967. The Development of Social Policy in England 1800–1914. Transactions of the Fifth World Congress of Sociology 1967: 41–56.
GORDON, Margaret S.: 1963. The Economics of Welfare Policies. Columbia University Press, New York.
GOUGH, Ian: 1979. The Political Economy of the Welfare State. Macmillan, London.
GRANSCHE, Elisabeth: 1976. Wohnverhältnisse und Wohnungspolitik in Westeuropa. Diplomarbeit, Universität Mannheim, Mannheim.
GROSS, Peter: 1979. Entwicklungstendenzen und Widersprüche im modernen Wohlfahrtsstaat. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 4: 20–32.
GROSS, Peter: 1979a. Integrationswirkungen und Legitimationsprobleme der Sozialleistungssysteme in der Bundesrepublik und in der Schweiz. S. 809–825 in: MATTHES, 1979.
GROSS, Peter: 1980. Reißt das soziale Netz? Wachstumsgrenzen der Sozialpolitik und mögliche Alternativen. S. 55–82 in: Rudolf BRUN, C. AMERY u.a.: Wachstum kostet immer mehr. Fischer, Frankfurt.
GULDIMANN, Tim: 1976. Die Grenzen des Wohlfahrtsstaates am Beispiel Schwedens und der Bundesrepublik. Beck, München.
GULDIMANN, Tim: 1978. Die Entwicklung der Sozialpolitik in England, Frankreich und Schweden bis 1930. S. 57–112 in: STARNBERGER STUDIEN 2, 1978.

HABERMAS, Jürgen: 1973. Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Suhrkamp, Frankfurt.
HAGE, Jerald und Robert HANNEMAN: 1977. The Growth of the Welfare State in Four Western European Societies: A Comparison of Three Paradigms, Paper presented at the second annual meeting of the Social Science History Association. Vervielfältigt, Ann Arbor.
HARTMANN, Karl: 1971. Subsidiarität und Föderalismus in der schweizerischen Sozialpolitik. Schellenberg, Winterthur.
HATZFELD, Henry: 1971. Du paupérisme a la sécurité sociale. Armand Collin, Paris.
HAWELKA, Fritz: 1923. L'assurance-maladie en Autriche. Revue Internationale du Travail, 8: 861–878.
HAY, J.R.: 1975. The Origins of the Liberal Welfare Reforms 1906–1914. Macmillan, London.
HECLO, Hugh: 1974. Modern Social Politics in Britain and Sweden. Yale University Press, New Haven und London.
HECLO, Hugh: 1981. Toward a New Welfare State? S. 383–406 in: FLORA und HEIDENHEIMER, 1981.
HEIDENHEIMER, Arnold J.: 1973. The Politics of Public Education, Health and Welfare in the U.S.A. and Western Europe: How Growth and Reform Potentials Have Differed. British Journal of Political Science, 3: 315–340.
HEIDENHEIMER, Arnold J., Hugh HECLO und Carolyn Teich ADAMS (Hg.): 1975. Comparative Public Policy. St. Martin, New York.
HEIMANN, Eduard: 1929. Soziale Theorie des Kapitalismus. Mohr, Tübingen.
HENNING, Friedrich-Wilhelm: 1975. Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1972. Schöningh, Paderborn.
HENNING, Friedrich-Wilhelm: 1977. Das vorindustrielle Deutschland 800 bis 1800. Schöningh, Paderborn.
HENNING, Friedrich-Wilhelm: 1978. Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914. Schöningh, Paderborn.
HOFFERBERT, Richard I.: 1974. The Study of Public Policy. Bobbs-Merrill, Indianapolis.
HOFFMANN, Walther G.: 1965. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Springer, Berlin.
HONDRICH, Karl Otto: 1979. Der Wohlfahrtsstaat und die Konstitution sozialer Probleme. S. 791–808 in: MATTHES, 1979.

ILLICH, Ivan: 1977. Die Nemesis der Medizin. Von den Grenzen des Gesundheitswesens. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
ILLICH, Ivan u.a.: 1979. Entmündigung durch Experten. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1920. Legislative Series. (Jährliche Serie). Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1922. Unemployment Insurance. An International Survey. International Labour Review, 6: 365–374.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1925a. General Problems of Social Insurance. Studies and Reports, M 1.Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1925b. Compensation for Industrial Accidents. Studies and Reports, M 2. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1925c. Compensation for Occupational Diseases. Studies and Reports, M 3. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1925d. Sickness Insurance. Studies and Reports, M 4. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1927a. Compulsory Sickness Insurance. Studies and Reports, M 6. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1927b. Voluntary Sickness Insurance. Studies and Reports, M 7. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1927. Freedom of Association, 5 Bände. Studies and Reports, A 28–32 (1927–1930) Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1931. Unemployment Insurance. Tabular Analysis of the Legislation in Force. International Labour Review, 30: 208–226.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1933a. Compulsory Pension Insurance. Studies and Reports, M 10. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1933b. Employment Exchanges. Studies and Reports, C 18. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1933c. Non-Contributory Pensions. Studies and Reports, M 9. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1933d. International Survey of Social Services. Studies and Reports, M 11. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1933e. International Survey of Social Services. Studies and Reports, M 13 (2 Bände, 1933 und 1936). Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1934. The Working of Social Insurance in Denmark. International Labour Review, 30: 208–226.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1936. The International Labour Office and Social Insurance. Studies and Reports, M 12. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1936. Yearbook of Labour Statistics. (Jährliche Serie). Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1937. The Working of Sickness Insurance in Norway. International Labour Review, 36: 517–535.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1939. Social Insurance in the Netherlands. International Labour Review, 40: 338–363.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1940. Actuarial Techniques and Financial Organisation of Social Insurance. Studies and Reports, M 17. Genf.

INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1942. Approaches to Social Security. Studies and Reports, M 18. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1950. Action Against Unemployment. Studies and Reports, New Series 20. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1950a. International Survey of Social Security. Studies and Reports, New Series 23. Genf.
INTERNATIONAL LABOURE OFFICE: 1952. The Cost of Social Security. International Labour Review, 65: 726–791.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1953. A Comparative Analysis of the Cost of Social Security. International Labour Review, 67: 292–303.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1955a. Administrative Problems of Social Insurance. Studies and Reports, New Series 40. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1955b. Unemployment Insurance Schemes. Studies and Reports, New Series 42. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1955c. The Cost of Social Security 1949–1951. International Social Security Association/International Labour Office. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1958. The Cost of Social Security 1949–1954. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1961. The Cost of Social Security 1949–1957. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1964. The Cost of Social Security 1958–1960. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1967. The Cost of Social Security 1961–1963. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1972. The Cost of Social Security 1964–1966. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1976. The Cost of Social Security 1967–1971. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1976a. Social Security for the Unemployed. Genf.
INTERNATIONAL LABOUR OFFICE: 1979. The Cost of Social Security 1972–1974. Genf.
INTERNATIONAL SOCIAL SECURITY ASSOCIATION: 1970. Social Security and National Economy. Studies and Research, 1. Genf.
INTERNATIONAL SOCIAL SECURITY ASSOCIATION: 1974. The Role of Social Services in Social Security – Problems and Perspectives. Studies and Research, 6. Genf.
INTERNATIONAL SOCIAL SECURITY ASSOCIATION: 1978. Problems of Social Security Under Economic Recession and Inflation. Studies and Research, 10. Genf.
INTERNATIONAL SOCIAL SECURITY ASSOCIATION: 1979. Methods of Financing Social Security. Studies and Research, 15. Genf.
INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT: 1959a. Entwicklung und Tendenzen der sozialen Sicherheit. Band 1, Belgien. Genf.
INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT: 1959b.

Entwicklung und Tendenzen der sozialen Sicherheit. Band 2, Bundesrepublik Deutschland. Genf.
INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT: 1959c. Entwicklung und Tendenzen der sozialen Sicherheit. Band 3, Frankreich. Genf.
INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT: 1959d. Entwicklung und Tendenzen der sozialen Sicherheit. Band 4, Italien. Genf.
INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT: 1959e. Entwicklung und Tendenzen der sozialen Sicherheit. Band 5, Luxemburg. Genf.
INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT: 1959f. Entwicklung und Tendenzen der sozialen Sicherheit. Band 6, Niederlande. Genf.

JACKMAN, Robert W.: 1974. Political Democracy and Social Equality: A Comparative Analysis. American Sociological Review, 39: 29–45.
JACKMAN, Robert W.: 1975. Politics and Social Equality. John Wiley, New York.
JANOWITZ, Morris: 1976. Social Control of the Welfare State. Elsevier, New York und Amsterdam.
JANTZ, Kurt, Horst NEUMANN-DUESBERG, Dieter SCHEWE (Hg.): 1959. Sozialreform und Sozialrecht. Festschrift für Walter Bogs. Duncker & Humblot, Berlin.
JENKINS, Shirley (Hg.): 1969. Social Security in International Perspective. Columbia University Press, New York.
JENSEN, Orla: 1961. Social Welfare in Denmark. Berlingske, Kopenhagen.

KAIM-CAUDLE, Peter R.: 1968. Social Policy in the Irish Republic. Routledge & Kegan Paul. London.
KAIM-CAUDLE, Peter R.: 1973. Comparative Social Policy and Social Security. Martin Robertson, London.
KAISERLICHES STATISTISCHES AMT: 1910. Die Arbeiterversicherung in Europa. Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt Nr. 7, zusammengestellt vom Kaiserlichen Statistischen Amt.
KASSALOW, Everett M. (Hg.): 1968. The Role of Social Security in Economic Development. U.S. Department of Health, Education and Welfare, Washington D.C.
KAUFMANN, Franz-Xaver: 1973. Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Enke, Stuttgart.
KELDERS, Freddy: 1955. L'organisation administrative de la sécurité sociale en Belgique. Faculté de Droit, Liège.
KENDALL, Walter: 1975. The Labour Movement in Europe. Allen Lane, Penguin, London.
KINCAID, J.C.: 1973. Poverty and Equality in Britain. Pelican, Harmondsworth.
KING, Anthony: 1973. Ideas, Institutions and the Policies of Governments: A Comparative Analysis. British Journal of Political Science, 3: 291–313 und 409–423.
KLEIN, Otto: 1954. Die Sozialversicherungen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens. Dissertation, Universität Mannheim, Mannheim.
KOHL, Jürgen: 1977. Enfranchisement and Electoral Participation. HIWED Report No 6. Vervielfältigt, Köln.

KOHL, Jürgen: 1981. Trends and Problems in Postwar Public Expenditure Development in Western Europe and North America. S. 307–344 in: FLORA und HEIDENHEIMER, 1981.
KORKISCH, Hubert: 1924. The Financial Resources of Social Insurance. International Labour Review, 10: 909–934.
KORPI, Walter: 1978. The Working Class in Welfare Capitalism. Routledge & Kegan Paul, London.
KORPI, Walter: 1978a. Social Democracy in Welfare Capitalism – Structural Erosion, Welfare Backlash and Incorporation? Acta Sociologica, 21, Supplement: 97–111.
KORPI, Walter: 1980. Social Policy and Distributional Conflict in the Capitalist Democracies. Contribution to the ECPR Joint Sessions of Workshops, 24.–29.3.1980. Vervielfältigt, Florenz.
KRAUS, Franz: 1981. The Historical Development of Income Inequality in Western Europe and the United States. S. 187–236 in: FLORA und HEIDENHEIMER, 1981.
KÜLP, Bernhard und Wilfrid SCHREIBER (Hg.): 1971. Soziale Sicherheit. Kiepenheuer & Witsch, Köln.
KUHNLE, Stein: 1978. The Beginnings of the Nordic Welfare States: Similarities and Differences. Acta Sociologica, 21, Supplement: 9–35.
KUHNLE, Stein: 1981. The Growth of Social Insurance Programs in Scandinavia: Outside Influences and Internal Forces. S. 125–150 in: FLORA und HEIDENHEIMER, 1981.
KUMPMANN, K.: 1923. Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung. S. 791–824 in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Band 1. Gustav Fischer, Jena.

LAATI, Iisakki: 1940. Soziale Gesetzgebung und Wirksamkeit in Finnland. Tilgmann, Helsinki.
LAROQUE, Pierre: 1953. Die Ziele der Gesetzgebungen über die soziale Sicherheit in den Brüsseler Vertragsstaaten. Bulletin der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit, 6: 1–10.
LAROQUE, Pierre: 1966. Die Rolle der sozialen Sicherheit in der Entwicklung der Gesellschaft. Bulletin der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit, 19: 87–95.
LASLETT, Peter: 1971. The World We Have Lost. Methuen, London.
LASLETT, Peter und Richard WALL: 1972. Household and Family in Past Times. Cambridge University Press, Cambridge.
LATTKA, Reinhard: 1951. Die neue isländische Sozialversicherung. Ein Überblick. Soziale Welt, 3: 61–67.
LAUNAY, J.P.: 1980. Reforms of Social Security in Europe in the Periods 1965–1975 and 1975–1980. Report on Financing. Beitrag zum Kolloquium des European Institute of Social Security. Vervielfältigt, Perugia.
LEDERER, Max: 1929. The Reform of Social Insurance in Austria. International Labour Review, 19: 797–828.
LENHARDT, Gero und Claus OFFE: 1977. Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse

der Sozialpolitik. S. 98–127 in: von FERBER und KAUFMANN, 1977.
LEPSIUS, M. Rainer: 1979. Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. S. 166–209 in: Hans-Ulrich WEHLER (Hg.): Klassen in der europäischen Sozialgeschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
LIEDSTRAND, Emil: 1924. Social Insurance in Sweden. International Labour Review, 9: 177–195.

MACKIE, Thomas T. und Richard ROSE: 1974. The International Almanac of Electoral History. Macmillan, London.
MALTHUS, Thomas Robert: 1925. Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz. Zweiter Band. Gustav Fischer, Jena.
MANES, Alfred: 1909. Arbeiterversicherung. Großbritannien. S. 840–849 in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, Band 1. Gustav Fischer, Jena.
MARSHALL, Thomas H.: 1961. The Welfare State. A Sociological Interpretation. Europäisches Archiv für Soziologie, 2: 284–300.
MARSHALL, Thomas H.: 1964. Class, Citizenship and Social Development. Doubleday, Garden City.
MARSHALL, Thomas H.: 1975. Social Policy. Hutchinson, London.
MAYER, Karl Ulrich: 1975. Ungleichheit und Mobilität im sozialen Bewußtsein. Westdeutscher Verlag, Opladen.
METROPOLITAN LIFE INSURANCE COMPANY: 1932. Social Insurance Legislation. Monograph Four in a Series on Social Insurance. Metropolitan Life Insurance Company, New York.
MINISTRY OF SOCIAL AFFAIRS AND HEALTH: 1969. Social Insurance. Social Services in Finland vol. 3. Helsinki.
MISHRA, Ramesh: 1977. Society and Social Policy. Theoretical Perspectives on Welfare. Macmillan, London.
MITCHELL, B.R.: 1975. European Historical Statistics 1750–1970. Macmillan, London.
MITTELSTÄDT, Axel: 1975. Unemployment Benefits and Related Benefits in Seven Major Countries. S. 3–22 in: OECD Economic Survey. Occasional Papers, Paris.
MITTERAUER, Michael: 1973. Zur Familienstruktur in ländlichen Gebieten Österreichs im 17. Jahrhundert. S. 167–222 in: Heimold HELCZMANOVSKI: Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Österreichs. Verlag für Geschichte und Politik, Wien.
MOMMSEN, W.J. (Hg.): 1981. The Emergence of the Welfare State in Britain and Germany. Macmillan, London.
MOORE, Barrington: 1969. Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt.
MOSKOFF, William (Hg.): 1970. Comparative National Economic Policies. Heath, Lexington.
MÜLLER, Wolfgang und Christel NEUS/USS: 1971. Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. Prokla, Sonderheft 1: 7–70.
MURSWIECK, Axel (Hg.): 1976. Staatliche Politik im Sozialsektor. Piper, München.

NARR, Wolf Dieter und Claus OFFE (Hg.): 1976. Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität. Kiepenheuer & Witsch, Köln.
NATIONAL INSURANCE INSTITUTION: 1966. The Norwegian System of Social Insurance. A Survey. Oslo.
NIESS, Frank: 1979. Vom Armenhaus zur Arbeitslosenhilfe. Blätter für deutsche und internationale Politik, 1979, 4: 475–487.
NORDIC STATISTICAL SECRETARIAT: 1948. Social Security in the Nordic Countries. Statistical Reports of the Nordic Countries. (Unregelmäßige Serie). Stockholm u.a..

O'CONNOR, James: 1974. Die Finanzkrise des Staates. Suhrkamp, Frankfurt.
OECD: 1976. Public Expenditure on Income Maintenance Programmes. Studies in Resource Allocation 3. Paris.
OECD: 1977. Old Age Pension Schemes. Paris.
OECD: 1977a. Public Expenditure on Health. Studies in Resuorce Allocation 4. Paris.
OECD: 1978. Public Expenditure Trends. Studies in Resource Allocation 5. Paris.
OECD: 1979. Unemployment Compensation and Related Unemployment Policy Measures. Paris.
OECD: 1981. Social Policies in the 1980s. Paris.
OFFE, Claus: 1972. Politische Herrschaft und Klassenstrukturen zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. S. 135–164 in: Gisela KRESS und Dieter SENGHAAS: Politikwissenschaft. Eine Einführung. Fischer, Frankfurt.
OFFE, Claus: 1972a. Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Suhrkamp, Frankfurt.
OLSON, Mancur Jr.: 1968. The Logic of Collective Action. Harvard University Press, Cambridge, Mass.

PAUKERT, Felix: 1968. Social Security and Income Redistribution. S. 101–127 in: KASSALOW, 1968.
PEACOCK, Alan T. (Hg.): 1958. Income Redistribution and Social Policy. Cape, London.
PEACOCK, Alan T. und Jack WISEMAN: 1968. The Growth of Public Expenditure in the United Kingdom. Princeton University Press, Princeton.
PECHMAN, Joesph A., Henry J. AARON, Michael K. TAUSSIG: 1968. Social Security. Perspectives for Reform. Brookings, Washington D.C.
PERRIN, Guy: 1969. Reflections on Fifty Years of Social Security. International Labour Review, 99: 242–292.
PESCHKE, Paul: 1962. Geschichte der deutschen Sozialversicherung. Tribüne, Berlin (Ost).
PETERS, Horst: 1959. Die Geschichte der Sozialversicherung. Asgard, Bad Godesberg.
PETERS, Guy: 1972. Economic and Political Effects on the Development of Social Expenditures in France, Sweden and the United Kingdom. Midwest Journal of Political Science, 16: 225–238.
PINKER, Robert: 1971. Social Theory and Social Policy. Heinemann, London.

PFENNING, Winfried: 1977. Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in Westeuropa 1880–1970. Diplomarbeit, Universität Mannheim, Mannheim.
PIVEN, Frances F. und Richard A. CLOWARD: 1977. Regulierung der Armut. Suhrkamp, Frankfurt.
PRELLER, Ludwig: 1978. Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Athenäum, Kronberg.
PRYOR, Frederick L.: 1968. Public Expenditures in Communist and Capitalist Nations. Irwin, Homewood.
PUHLE, Hans-Jürgen: 1973. Vom Wohlfahrtsausschuß zum Wohlfahrtsstaat. S. 29–68 in: RITTER, 1973.

RASCHKE, Joachim (Hg.): 1978. Die politischen Parteien in Westeuropa. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
RAYNES, Harold: 1957. Social Security in Britain. A History. Pitman, London.
REDDIN, Mike: 1970. Universality versus Selectivity. S. 23–35 in: ROBSON, 1970.
REICHSVERSICHERUNGSAMT: 1912. Die Sozialversicherung in Europa. Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt Nr. 9, beigetragen vom Reichsversicherungsamt.
RICHTER, Otto: 1904. Die Fortschritte der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Staaten. Erster Teil. Heymanns, Berlin.
RICHTER, Otto: 1908. Die Fortschritte der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Staaten. Zweiter Teil. Heymanns, Berlin.
RIMLINGER, Gaston V.: 1968. Social Security and Industrialization: The Western Experience with Possible Lessons for the Less Developed Nations. S. 129–153 in: KASSALOW, 1968.
RIMLINGER, Gaston V.: 1970. Social Security and Society: An East-West Comparison. S. 363–375 in: MOSKOFF, 1970.
RIMLINGER, Gaston V.: 1971. Welfare Policy and Industrialization in Europe, America, and Russia. John Wiley, New York.
RITTER, Gerhard A. (Hg.): 1973. Vom Wohlfahrtsausschuß zum Wohlfahrtsstaat. Markus, Köln.
ROBSON, William A. (Hg.): 1970. The Future of the Social Services. Pelican, Harmondsworth.
ROBSON, William A.: 1976. Welfare State and Welfare Society. Allen & Unwin, London.
RODGERS, Barbara N., John GREVE und John S. MORGAN: 1971. Comparative Social Administration. Allen & Unwin, London.
RODLER, Othmar und Hermann URBANETZ: 1969 Sécurité Sociale en Autriche. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Wien.
ROKKAN, Stein und Seymour Martin LIPSET: 1967. Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. S. 1–64 in: Seymour Martin LIPSET und Stein ROKKAN (Hg.): Party Systems and Voter Alignments. Free Press, New York.
ROKKAN, Stein: 1970. Citizens, Elections, Parties. McKay, New York.
ROKKAN, Stein: 1974. Dimensions of State Formation and Nation Biulding. S. 562–600 in: Charles TILLY (Hg): The Formation of National States in Western Europe. Princeton University Press, Princeton.

ROOM, Graham: 1979. The Sociology of Welfare. Blackwell-Robertson, Oxford.
ROSE, Richard (Hg.): 1976. The Dynamics of Public Policy – A Comparative Analysis. Sage, London.
ROSTOW, W.W.: 1971. Politics and the Stages of Growth. Cambridge University Press, Cambridge.
ROTZOLL, Frieder: 1967. Entwicklung, Prinzipien und Probleme des schwedischen Wohlfahrtsstaates. Dissertation, Universität Freiburg, Freiburg.
RUNCIMAN, W.G.: 1966. Relative Deprivation and Social Justice. Routledge & Kegan Paul, London.
RUSSETT, Bruce M., Hayward R. ALKER Jr., Karl W. DEUTSCH, Harold LASSWELL: 1964. World Handbook of Political and Social Indicators. Yale University Press. New Haven und London.
RYS, Vladimir:1964. The Sociology of Social Security. Bulletin of the International Social Security Association, 17: 3–34.
RYS, Vladimir: 1966. Comparative Studies of Social Security: Problems and Perspectives. Bulletin of the International Social Security Association, 19: 3–29.

SARKAR, Benoy Kumar:1936. Social Insurance Legislation and Statistics. Calcutta Publishers, Kalkutta.
SAXER, Arnold: 1970. Die soziale Sicherheit in der Schweiz. Haupt, Bern.
SCHMIDT, Manfred G.: 1980. Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Universität Konstanz, vervielfältigt Konstanz.
SCHMOLLER, Gustav: 1918. Die soziale Frage. Duncker & Humblot, München und Leipzig.
SCHULTE, Bernd: 1978. Zu den Strukturen des Sozialrechts ausländischer Staaten: Sozialrecht in den EG Ländern. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 58: 203–213.
de SCHWEINITZ, Karl: 1961. England's Road to Social Security. University of Pennsylvania Press, Philadelphia.
SEEBOHM, Kurt: 1976. Die Entwicklung der Steuerstruktur im Prozeß der Modernisierung. Diplomarbeit, Universität Mannheim, Mannheim.
SEEBOHM, Kurt: 1979. The Development of Tax Structure in Western Europe 1850–1975. HIWED Report No 7. Vervielfältigt, Köln.
SLEEMAN, J. F.: 1973. The Welfare State: Its Aims, Benefits and Costs. Allen & Unwin, London.
SPATES, Thomas Gardner und Georges S. RABINOVITCH: 1931. Unemployment Insurance in Switzerland. Industrial Relations Counselors, New York.
SPITAELS, Guy und Danilo KLARIC: 1968. Le salaire indirect et la couverture des besoins sociaux. Vol. 1: Vingt ans de sécurité sociale en Belgique. UniversitéLibre, Brüssel.
SPITAELS, Guy , Danilo KLARIC, S. LAMBERT, G. LEFEVERE: 1971. Le salaire indirect et la couverture des besoins sociaux. Vol. 3: La comparaison internationale Allemagne – France – Italie – Pays Bas. UniversitéLibre, Brüssel.
SPULER, Bertold: 1962. Regenten und Regierungen der Welt, Band 3–5 (1962–1972). Ploetz, Würzburg.

STARNBERGER STUDIEN 2:1978. Sozialpolitik als soziale Kontrolle. Suhrkamp, Frankfurt.
STATISTISCHES BUNDESAMT: 1972. Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972. Kohlhammer, Wiesbaden.STATISTISCHES REICHSAMT: 1919. Die Sozialversicherung in Europa. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 40: 32–59.
STERNBERGER, Dolf und Bernhard VOGEL (Hg.): 1969. Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Band 1: Europa. de Gruyter, Berlin.
STRASSER, Johano: 1979. Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise. Europäische Verlagsanstalt. Köln und Frankfurt.
de SWAAN, Abram: 1973. Coalition Theories and Cabinet Formation. Elsevier, Amsterdam.
SYRUP, Friedrich: 1957. Hundert Jahre staatliche Sozialpolitik 1839–1939. Herausgegeben von Julius SCHEUBLE, bearbeitet von Otto NEULOH. Kohlhammer, Stuttgart.

TAIRA, Koji und Peter KILBY: 1969. Differences in Social Security Development in Selected Countries. International Social Security Review 2: 139–153.
TEGNER, Göran: 1956. Social Security in Sweden. The Swedish Institute, Tiden.
TENNSTEDT, Florian: 1976. Sozialgeschichte der Sozialversicherung. S. 385–492 in: Maria BLOHMKE u. a. (Hg.): Handbuch der Sozialmedizin. Enke, Stuttgart.
TENNSTEDT, Florian: 1976a. Zur Ökonomisierung und Verrechtlichung in der Sozialpolitik. S. 139–165 in: MURSWIECK, 1976.
TENNSTEDT, Florian: 1977. Sozialwissenschaftliche Forschung in der Sozialversicherung. S. 483–523 in: von FERBER und KAUFMANN, 1977.
TILLY, Charles: 1978. From Mobilization to Revolution. Addison-Wesley, Reading.
TITMUSS, Richard M.: 1963. Essays on the Welfare State. Unwin University Books, London.
TITMUSS, Richard M.: 1976. Commitment to Welfare. Allen & Unwin, London.
de TOCQUEVILLE, Alexis: 1956. Die Demokratie in Amerika. Fischer, Frankfurt.
de TOCQUEVILLE, Alexis: 1969. Der alte Staat und die Revolution. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

UHLHORN und MÜNSTERBERG: 1909. Armenwesen. Geschichte der öffentlichen Armenpflege. S. 6–30 in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, Band 2. Gustav Fischer, Jena.
UHR, Carl G.: 1966. Sweden's Social Security System. Social Security Administration Research Report 14. U.S. Department of Health, Education and Welfare, Washington D.C.
U.S. DEPARTMENT OF HEALTH, EDUCATION AND WELFARE: 1977. Social Security Programs Throughout the World. (Zweijährliche Serie seit 1967; frühere Ausgaben 1940, 1949, 1958, 1961, 1964). Washington D.C.

van der VEN, Frans: 1972. Sozialgeschichte der Arbeit. Band 3, 19. und 20. Jahrhundert. Deutscher Taschenbuchverlag, München.
VOBRUBA, Georg: 1978. Staatseingriff und Ökonomiefunktion. Der Sozialstaat als Problem für sich selbst. Zeitschrift für Soziologie, 7: 130–156.

VOBRUBA, Georg: 1980. Sicherheit als Gesellschaftsprodukt. Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung und Entwicklungsmöglichkeit. Beitrag zum 20. Deutschen Soziologentag. Vervielfältigt, Bremen.
VOBRUBA, Georg: 1980a. Positionen der Staatstheoriediskussion. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 9: 399–419.
VOGEL, Walter: 1951. Bismarcks Arbeiterversicherung. Ihre Entstehung im Kräftespiel der Zeit. Westermann, Braunschweig.

WEBB, Augustus D.: 1911. The New Dictionary of Statistics. Routledge, London.
WEBER, Max: 1924. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik. Mohr, Tübingen.
WECHSELMANN, Sigurd: 1936. The Danish National Insurance Act. Schultz, Kopenhagen.
WESTERGAARD, Harald: 1894. Die Arbeiterversicherung in Dänemark. Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, 7: 296–305.
WIDMAIER, Hans Peter: 1976. Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
WILENSKY, Harold L. und Charles N. LEBEAUX: 1965. Industrial Society and Social Welfare. Free Press, New York.
WILENSKY, Harold L.: 1975. The Welfare State and Equality. University of California Press, Berkeley.
WILENSKY, Harold L.: 1976. The "New Corporatism", Centralization and the Welfare State. Beverly Hills, Sage.
WILENSKY, Harold L.: 1981. Leftism, Catholicism, and Democratic Corporatism: The Role of Political Parties in Recent Welfare State Development. S. 345–382 in: FLORA und HEIDENHEIMER, 1981.
WILSON, Thomas (Hg.): 1974. Pensions, Inflation and Growth. Heinemann, London.
WITOWSKI, C. 1910. Die Arbeiterversicherung in den Kulturstaaten. Kösel, München.
WOYTINSKI, Wladimir: 1926. Die Welt in Zahlen. Band 2, Die Arbeit. Mosse, Berlin.

ZACHER, Eduard: 1899. Die Arbeiterversicherung im Auslande. 5 Bände (1899–1908). Troischel, Berlin.
ZACHER, HANS F. (Hg.): 1979. Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherung. Duncker & Humblot, Berlin.
ZAPF, Wolfgang (Hg.): 1969. Theorien des sozialen Wandels. Kiepenheuer & Witsch, Köln.
ZAPF, Wolfgang und Peter FLORA: 1971. Zeitreihen als Indikatoren der Modernisierung: Einige Probleme der Datensammlung und Datenanalyse. Politische Vierteljahresschrift 12: 29–70.
ZAPF, Wolfgang: 1975. Die soziologische Theorie der Modernisierung. Soziale Welt, 26: 212–226.

ZAPF, Wolfgang: 1977. Modernisierungstheorien. S. 123–138 in: Hans-Jürgen KRUPP und Wolfgang ZAPF: Sozialpolitik und Sozialberichterstattung. Campus, Frankfurt

ZAPF, Wolfgang: 1978. Modernization and Welfare Development: The Case of Germany, Paper prepared for Working Group No 4, IXth World Congress of Sociology. Vervielfältigt, Uppsala.

ZÖLLNER, Detlev: 1959. Entwicklungsphasen der Sozialpolitik. S. 397–423 in: JANTZ u.a., 1959.

ZÖLLNER, Detlev: 1963. Öffentliche Sozialleistungen und wirtschaftliche Entwicklung. Duncker & Humblot, Berlin.

ZÖLLNER, Detlev: 1981. Ein Jahrhundert Sozialversicherung in Deutschland. Schriftenreihe für Internationales und Vergleichendes Sozialrecht Band 6a. Duncker & Humblot, Berlin.

87
028
V105

State, Economy, and Society in Western Europe 1815 – 1975

A Data Handbook in two Volumes

Peter Flora u. a.

and

Jens Alber, Richard Eichenberg, Jürgen Kohl,
Franz Kraus, Winfried Pfenning, Kurt Seebohm

Volume I

The Growth of Mass Democracies and Welfare States

Campus Verlag · Frankfurt
Macmillan Press · London
St. James Press · Chicago

1983

V

Welfare States

Chapter 9

INCOME MAINTENANCE

This chapter presents data on the development of the major public social security programmes. "Social security" is defined following the practice of the International Labour Office. It embraces the four social insurance schemes (occupational injuries, health, pension, and unemployment insurance), public health, family allowances, social assistance, benefits to war victims, and the special transfers to civil servants.

Data on the coverage of the four social insurance schemes are presented for the period from the introduction of a given type of insurance programme (see the following synopsis of the dates of introduction) to 1975. Data on the expenditure and receipts of social security programmes are reported for the period from 1949 to 1974.

Data are mainly presented country by country, in the form of tables and graphs. The chapter begins, however, with six comparative tables with selected ratios for all 13 countries. The first three of these comparative tables give ratios of various expenditure categories as percentages of gross domestic product (social security expenditure and social insurance and public health expenditure, both including administrative costs; benefit expenditure, excluding these costs, for pensions, health, unemployment, and family allowances). The fourth table shows the part taken by public authorities and employers in the financing of social security and the last two of the comparative tables give coverage ratios, i.e. the members of insurance schemes (pension, medical benefit, occupational injuries, and unemployment insurance) as a percentage of the labour force.

The comparative tables are mainly based on the successive national tables in which, however, the emphasis is more on the reproducibility of the data than their comparability. Some of the national data have therefore been transformed or replaced by estimates which are more appropriate in a comparative perspective. The rationale for these modifications is briefly described in the annotations. Since resort to estimates is frequent, even these tables can only give a very rough impression of the development of the schemes' coverage in a comparative perspective.

On the whole, the problems of comparability are less serious in the case of financial data than for the coverage data. The figures on expenditure and receipts are based on the publications of the International Labour Office, which attempts to standardize national statistics. The major distortion impairing international comparisons stems from the diverging institutional arrangements in various countries. The main problems here concern the grouping of invalidity pensions – with pension or sickness insurance –, the reporting of medical benefits or hospital expenditure – under sickness insurance or public health –, and the allotment of unemployment assistance – to public assistance or unemployment insurance.

In contrast to the national tables, the data for public health have been aggregated with those of sickness insurance in order to give a more comparable account of health expenditure.

In addition to these problems of variation in institutional arrangements, the international comparison of social insurance coverage is also impaired by the variations in the definition of scheme membership, among countries as well as over time. In general, statistics on the membership of compulsory insurance schemes may confine themselves to compulsory contributors, or may refer to all persons independently covered by the scheme. Thus persons temporarily or permanently exempted from liability to pay contributions (e. g. pensioners or unemployed persons). The statistics may include or exclude persons contributing on a voluntary basis and they may even refer to all protected persons, including the family members of actively insured persons who are entitled to benefits. The general aim has been to report the number of active members defined as contributors to compulsory or subsidized voluntary insurance schemes, excluding family members and (where possible) voluntary contributors to compulsory schemes. Given the discrepancy of administrative practice and statistical concepts, however, this aim has hardly ever been fully realized.

The comparative part is followed by a series of tables and graphs with the national data on social security expenditure, its financing, and coverage of insurance schemes for each country. The first table gives the aggregate amounts of social security and social insurance expenditure, as well as its breakdown according to major programmes (public assistance, family allowances, public health, and the four insurance schemes for health, pensions, occupational injuries and unemployment). All figures pertain to net expenditure, excluding transfers among single schemes. They refer either to calendar years or – in the case of Denmark, Ireland and the United Kingdom – to financial years ending in the stated calendar year. Expenditures for the single programmes do not add up to the reported total social security expenditure, because the outlays for war victims and public employees are not included in the tables. Information on the percentage of total social security benefit expenditure spent for public employees, however, is contained in one of the graphs. Total social insurance expenditure corresponds to the sum of the four reported insurance schemes. Where they to not exactly add up, expenditure data for single schemes have been calculated on the basis of given percentages (the maximum

deviation is +/– 0.2%). For total social security expenditure (but not for the other expenditure items), the annotations report all those changes in statistical concept which impair comparisons over time, and give the data required for the calculation of growth rates relying on identical concepts.

The tables on the financing of social security report the receipts for total social security and total social insurance for the period from 1949 to 1974, as well as the receipts for the four major social insurance programmes in selected years. In addition to the aggregate figures, the percentage distribution of receipts by source of contribution is given. The three major sources are: insured persons, employers, and public authorities (summing up contributions by central government, receipts from local government bodies and special taxes allocated to social security). The last category, 'other', includes income from capital and contributions classified by the International Labour Office as 'other receipts'.

The final table on social insurance coverage gives the figures of the members of the four major insurance schemes. The figures for occupational injuries insurance refer either to insured persons or to 'man-years', a statistical concept transforming the total number of insured persons into the hypothetical number of full-time workers. Data for sickness insurance coverage are presented in the three different series. The first column refers to the number of persons insured for cash benefits, including persons entitled to wage continuation at the expense of employers. The second column gives the number of persons actively insured for medical benefits excluding pensioners. The third column refers to all persons independently insured for medical benefits including pensioners, but excluding family members. The latter only being included if they are insured in their own right under national health insurance or subsidized voluntary schemes. The pension insurance data refer to active members, excluding lapsed insurances, i.e. persons entitled to benefits on account of earlier contributions, but no longer contributing to a scheme. With the exception of Denmark prior to 1933 and Ireland prior to 1960, all pension insurance schemes provide at least for old age pensions. The data on unemployment insurance generally refer to contributing members. All membership data are given as absolute numbers and as percentages of the labour force and adult population (over 15 years of age). Where no absolute figures are reported, only the percentages were presented in the sources. All data are national aggregates, pertaining to the total number of persons independently covered by the respective compulsory or subsidized voluntary insurance schemes. In countries with fragmented programmes for different occupational categories the figures thus refer to the sum of all schemes, excluding only the special schemes for civil servants.

Corrigendem

All financial data for Austria refer to million shillings (not to 100,000 shillings as stated in the tables).

The introduction of social insurance systems in Western Europe[a)]

Country	Occupational injuries insurance	Health insurance	Pension insurance	Unemployment insurance
Austria	28 XII 1887	30 III 1888	1 IV 1927	24 III 1920
Belgium	1971 (24 XII 1903)	28 XII 1944 (23 VI 1894)	10 XII 1924 (10 V 1900)	28 XII 1944 (30 XII 1920)
Denmark	6 VII 1916 (7 I 1898)	20 V 1933 (12 IV 1892)	6 V 1921 / 7 VIII 1922 (9 IV 1891)	(9 IV 1907)
Finland	5 XII 1895	4 VII 1963	31 V 1937	(2 XI 1917)
France	30 X 1946 (9 IV 1898)	30 IV 1930 (1 IV 1898)	5 IV 1910 (31 XII 1895)	13 VII 1967 (9 IX 1905)
Germany	6 VII 1884 (7 VI 1871)	15 VII 1883	22 VI 1889	16 VII 1927
Irland	1966 (1897)	1911	1960 (1908)	1911
Italy	17 III 1898	6 V 1928 (15 IV 1886)	21 IV 1919 (11 VII 1898)	19 X 1919
Netherlands	2 I 1901	24 VI 1929	5 VI 1913	9 IX 1949 (19 IX 1916)
Norway	23 VII 1894	18 IX 1909	16 VII 1936	24 VI 1938 (12 VI 1906)
Sweden	17 VI 1916 (5 VII 1901)	1953 (30 X 1891)	30 VI 1913	(15 VI 1934)
Switzerland	13 VI 1911 (25 VI 1881)	(13 VI 1911)	20 XII 1946	1976 (17 X 1924)
United Kingdom	1946 (6 VIII 1897)	16 XII 1911	7 VIII 1925 (1 VIII 1908)	16 XII 1911

a) Without brackets: compulsory insurance; with brackets: subsidized voluntary insurance (or workmen's compensation or means-tested pensions).